



2021
PORTUGAL.EU
PORTUGIESISCHER
EU-RATSVORSITZ

1. Januar bis 30. Juni 2021



2021PORTUGAL.EU

**PORTUGIESISCHER
EU-RATSVORSITZ
(PPUE2021)**

**Das nationale
Programm**

1. Januar bis 30. Juni 2021



Inhaltsverzeichnis

Einführung	4
-------------------	---

Leitlinien des portugiesischen Ratsvorsitzes PPUE2021

1 – Ein widerstandsfähiges Europa	
Förderung der Erholung, des Zusammenhalts und der europäischen Werte	7
2 – Ein grünes Europa	
Förderung der Vorreiterrolle der EU im Klimaschutz	8
3 – Ein digitales Europa	
Beschleunigung des digitalen Wandels im Dienste der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen	9
4 – Ein soziales Europa	
Aufwertung und Stärkung des europäischen Sozialmodells	10
5 – Ein globales Europa	
Förderung eines weltoffenen Europas	11

Umsetzung der strategischen Agenda 2019-2024

I – SCHUTZ DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER UND DER FREIHEITEN	
Allgemeines	13
Justiz und Inneres	14
II – ENTWICKLUNG UNSERER WIRTSCHAFTLICHEN BASIS: DAS EUROPÄISCHE ZUKUNFTSMODELL	
Wirtschaft und Finanzen	17
Wettbewerbsfähigkeit	18
Allgemeine Angelegenheiten	21
Verkehr, Telekommunikation und Energie	23
III – VERWIRKLICHUNG EINES GRÜNEN, CO₂-NEUTRALEN EUROPAS	
Umwelt	25
Landwirtschaft	26
Ozeane, blaue Wirtschaft und Fischerei	29
IV – VERWIRKLICHUNG EINES FAIREN UND SOZIALEN EUROPAS	
Beschäftigung, Sozialpolitik und Gesundheit	30
Bildung, Jugend, Kultur und Sport	32
V – FÖRDERUNG DER INTERESSEN UND WERTE EUROPAS IN DER WELT	
Auswärtige Beziehungen	34
Entwicklungspartnerschaften	36
Humanitäre Hilfe	36
Handel	37
Sicherheit und Verteidigung	38



Einführung

Der portugiesische EU-Ratsvorsitz von Januar bis Juni 2021 fällt in eine besonders schwierige Zeit, in der die COVID-19-Pandemie und ihre gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedstaaten vor eine noch nie dagewesene Herausforderung stellen. Diese Situation erfordert entschlossenes und umfassendes Handeln.

Wir haben eine Vision, ein Programm und die Finanzinstrumente, um Fortschritte erzielen zu können. Daher wird unser Motto lauten:

**„Es ist Zeit zu handeln:
für eine gerechte, grüne
und digitale Erholung“.**



Einführung

Unsere Arbeit wird sich an drei Hauptprioritäten orientieren:

I. Förderung einer durch die grüne und digitale Wende vorangetriebenen Erholung in Europa

Unser Ziel ist es, in diesem Halbjahr mit dem Inkrafttreten des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021-2027 und mit der Einführung des innovativen Instrumentariums, das Erholung und Resilienz möglich macht, einen neuen Abschnitt in Europa einzuläuten. Die Annahme und Umsetzung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne wird eine wichtige Priorität darstellen.

Die Erholung muss nachhaltig und von Innovation geprägt sein. Aus diesem Grund werden wir uns vorrangig der Umsetzung des europäischen Grünen Deals und den Verpflichtungen zur Reduzierung der Emissionen und zum Kampf gegen den Klimawandel widmen. Auch der Stärkung der Energiewende, der nachhaltigen Mobilität und der „blauen“ (auf Meere und Ozeane bezogenen) Wirtschaft möchten wir uns zentral widmen.

Wir werden uns dafür einsetzen, den technologischen Wandel zu beschleunigen und die europäische Führungsposition in der Digitalwirtschaft insbesondere in Bezug auf Daten und Konnektivität nach ethischen Grundsätzen zu fördern.

II. Umsetzung der sozialen Säule der Europäischen Union als Grundelement zur Sicherung einer gerechten und inklusiven grünen und digitalen Wende

Der Ratsvorsitz macht es sich zur Aufgabe, das Vertrauen in das europäische Sozialmodell zu stärken. Gleichzeitig möchte er eine EU fördern, die auf den gemeinsamen Werten Solidarität, Konvergenz und Zusammenhalt aufbaut und in der Lage ist, koordiniert zu handeln, um einen Weg aus der Krise zu finden.

In diesem Sinne werden wir die europäische Säule sozialer Rechte als Antwort auf die soziale Dimension der Krise sowie als Mittel zur Festigung des europäischen Sozialmodells und seiner Fähigkeit, mit dem klimatischen, digitalen und demografischen Wandel Schritt zu halten, stärker in den Mittelpunkt stellen.

Wir werden den Aufbau einer Europäischen Gesundheitsunion unterstützen und die Reaktionsfähigkeit auf Krisen im Bereich der öffentlichen Gesundheit sowie die Anstrengungen bei der Herstellung und Verteilung von sicheren und erschwinglichen Impfstoffen für Europa und den Rest der Welt stärken.

III. Stärkung der strategischen Autonomie eines weltweiten Europas

Wir werden einen offenen Binnenmarkt mit starken sozialen, arbeitsrechtlichen, ökologischen und sicherheitstechnischen Standards fördern und dabei erkunden, wie sich die Mitgliedstaaten gegenseitig und zum Vorteil aller ergänzen können.

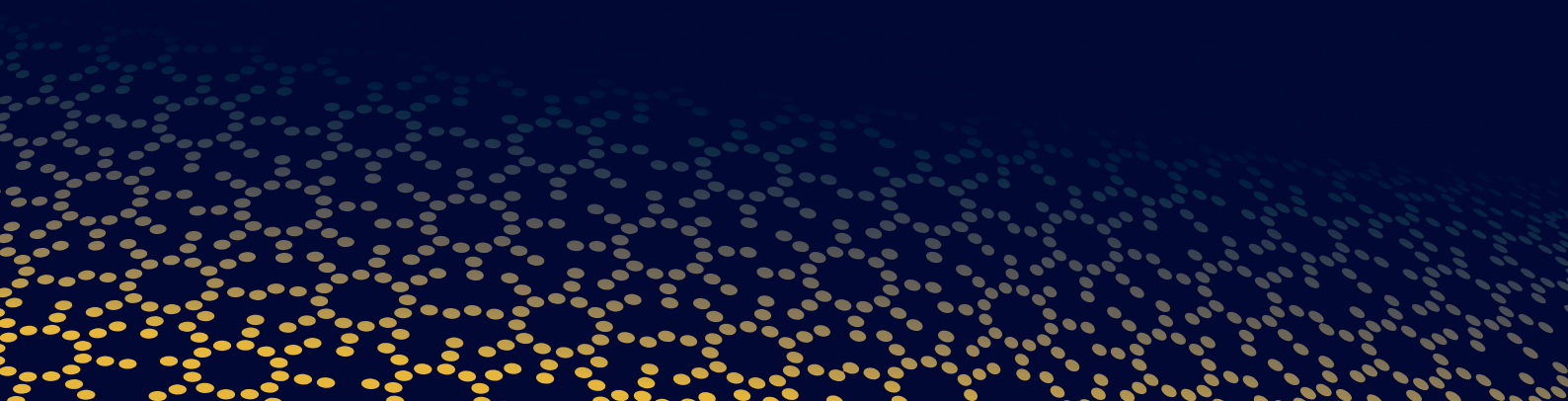
In diesem Sinne setzen wir uns für die Autonomie Europas basierend auf der Entwicklung einer dynamischen Industriestrategie ein. Sie soll europäische Wertschöpfungsketten fördern und besonderes Augenmerk auf die Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie auf die Schaffung von europäischen Kooperationsnetzwerken im Bereich Forschung und Innovation (F&I) setzen. Des Weiteren wollen wir sicherstellen, dass der Zugang zum europäischen Markt unter gerechten und ausgewogenen Bedingungen sowie unter Berücksichtigung der europäischen Werte erfolgt.

Die Präsenz der EU in der Welt möchten wir weiter stärken, und zwar durch die Förderung des Multilateralismus und die Diversifizierung der globalen Partnerschaften, insbesondere mit der Nachbarschaftsregion, mit Afrika, dem indopazifischen Raum und der gesamten transatlantischen Region.

Der Ratsvorsitz unter unserer Führung wird sich aktiv für den Konsens einsetzen, anpassungsfähig sein und ergebnisorientiert arbeiten. Es ist uns ein Anliegen, den Dialog und die Einheit zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern

Ein Weg der Hoffnung, des Vertrauens und der Glaubwürdigkeit kann nur gemeinsam beschritten werden.

Leitlinien des portugiesischen Ratsvorsitzes PPUE2021





Leitlinien des portugiesischen Ratsvorsitzes PPUE2021

1 – Ein widerstandsfähiges Europa

Förderung der Erholung, des Zusammenhalts und der europäischen Werte

Während unseres Ratsvorsitzes werden wir aktiv dazu beitragen, dass mit der Ausführung des neuen MFR und des Instruments „NextGenerationEU“ mit seiner Aufbau- und Resilienzfazilität begonnen wird. Beide Instrumente setzen das Bestreben der EU um, einen Weg aus der Krise zu finden und die Grundlagen für ein nachhaltiges Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu schaffen. **Im Juni werden wir in diesem Zusammenhang in Lissabon die hochrangige Konferenz zur Erholung durchführen, bei der sich die Debatte um die wirtschaftliche und finanzielle Lage vor dem Hintergrund der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne drehen wird.**

Wir werden eine stärkere Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten bei der Umsetzung von Sofortmaßnahmen fördern, die aufgrund der Gesundheitslage erforderlich sind. So möchten wir die Aufrechterhaltung des freien Personenverkehrs in der EU sicherstellen, der ein zentraler Bestandteil des Binnenmarkts ist.

Wir werden für eine Modernisierung der europäischen Politik in den Bereichen Infrastruktur und Konnektivität, Handel und Landwirtschaft sowie Industrie und Wettbewerb eintreten, um die europäische Produktion, die externen Lieferanten und die globalen Lieferketten der EU zu diversifizieren. Dies sind wesentliche Elemente, um die Importabhängigkeit von Gütern und kritischen Technologien zu reduzieren und für mehr Ernährungssicherheit zu sorgen.

Besonderes Augenmerk werden wir auf die am stärksten von der Krise betroffenen Wirtschaftszweige, wie den Tourismus und die Kultur- und Kreativwirtschaft, legen.

Unter anderem durch die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) in all ihren Dimensionen möchten wir die Stärkung der europäischen Wirtschaft vorantreiben.

Wir werden den Koordinierungsprozess der Wirtschafts- und Haushaltspolitik, die Initiativen im Rahmen der Bankenunion und der Kapitalmarktunion mit dem Ziel weiterverfolgen, eine allumfassende Erholung zu fördern.

Wir möchten die Rolle der auf den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt ausgerichteten politischen Maßnahmen und Strategien besonders hervorheben. Sie sind bedeutende Faktoren für die Förderung von Innovation, Unternehmertum

und Wettbewerbsfähigkeit und spielen eine entscheidende Rolle für mehr Konvergenz zwischen den Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten.

Bei der Entwicklung einer soliden Industriestrategie werden wir der Förderung transnationaler und integrierter Projekte und besonders dem territorialen Zusammenhalt sowie der unterschiedlichen Größenordnung der KMU in den Mitgliedstaaten Beachtung schenken.

Wir werden uns dafür einsetzen, das EU-Krisenmanagementsystem zu stärken, um zu mehr Resilienz, besser koordinierten Reaktionen auf Katastrophen sowie zum Schutz kritischer Infrastruktur beizutragen. Dies umfasst insbesondere die Stärkung des Katastrophenschutzverfahrens der Union und den Ausbau der Kapazitäten zur Überwachung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten.

Die Resilienz der EU hängt auch von der Verteidigung unserer Grundwerte ab. Daher werden wir die Verteidigung und Konsolidierung von Rechtstaatlichkeit und Demokratie genauso fördern wie die Bekämpfung jeglicher Form von Diskriminierung, den Medienpluralismus und die Bekämpfung von Desinformation.

Dieser Ratsvorsitz wird dem Kampf gegen Terrorismus und Hassrede besonderes Gewicht beimessen. Dies sind bereichsübergreifende Phänomene, die uns alle betreffen und die europäischen Grundwerte infrage stellen.

Wir werden die Verhandlungen des neuen Migrations- und Asylpakets weiter voranbringen und uns dabei an einem integrierten, umfassenden europäischen Ansatz orientieren, der eine ausgewogene Sichtweise zwischen der Prävention irregulärer Migration, der Förderung von nachhaltigen, legalen Migrationswegen und der Integration der Migrantinnen und Migranten umsetzt und dabei die Menschenrechte schützt. Die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern ist zentraler Bestandteil dieses Ansatzes.

Der Ratsvorsitz wird sein Bestes dazu beitragen, dass die Konferenz zur Zukunft Europas zu einer Gelegenheit wird, um unter Beteiligung der Institutionen und der Bürgerinnen und Bürger über die Ausrichtung und Ergebnisse der europäischen Politik in Austausch zu treten, das europäische Aufbauwerk auf bestmögliche Weise voranzubringen und den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden.



2– Ein grünes Europa

Förderung der Vorreiterrolle der EU im Klimaschutz

Im Bereich des Klimaschutzes muss die EU eine führende Rolle einnehmen, die Anpassungsfähigkeit an die Auswirkungen des Klimawandels ausbauen sowie die Wettbewerbsvorteile eines kohlenstoffarmen und resilienten Wirtschaftsmodells sichtbar machen. Während unseres Ratsvorsitzes werden wir diesbezüglich eine Konferenz über den Klimawandel und eine Konferenz über grünen (d. h. aus erneuerbaren Energien hergestellten) Wasserstoff für die Energiewende ausrichten, die im März bzw. im April in Lissabon stattfinden werden.

Die Umsetzung des europäischen Grünen Deals ist für uns eine Priorität, mit der wir auch zur nachhaltigen wirtschaftlichen Erholung beitragen wollen. **Wir werden jegliche Bemühungen unterstützen, das Ziel des Europäischen Klimagesetzes zu erreichen und Europa bis 2050 zum ersten kohlenstoffneutralen Kontinent zu machen. Daher ist es von grundlegender Bedeutung, dafür zu sorgen, dass die Mitgliedstaaten die gemeinsame Verpflichtung eingehen, die CO₂-Emissionen bis 2030 mindestens um 55 % im Vergleich zum Basisjahr 1990 zu verringern.**

Die Umsetzung der Energiewende ist ein wesentliches Element zur Erreichung der langfristigen Ziele der EU und erfordert erhebliche öffentliche und private Investitionen. Mithilfe der Möglichkeiten, die sich durch die Europäische Investitionsbank (EIB) bieten, werden wir die Konzeption und den Einsatz von Finanzinstrumenten zur Förderung der Energiewende anregen. Besondere Priorität werden dabei Initiativen genießen, die sicherstellen, dass bei privaten Investitionsentscheidungen ökologische und soziale Aspekte gebührend berücksichtigt werden.

Im Hinblick auf eine grüne Besteuerung, die auch dem Pariser Klimaschutzübereinkommen gerecht wird, muss die Steuerpolitik auf eine Dekarbonisierung hinwirken, den Wandel zu einer wettbewerbsfähigen und kohlenstoffneutralen Wirtschaft begünstigen sowie nachhaltiges Wachstum, Kreislaufwirtschaft und die blaue Wirtschaft sowie Innovation und Sicherheit in der Energieversorgung fördern.

Der Ratsvorsitz wird die unterschiedlichen europäischen Instrumente zur Ausrichtung des Klimaschutzes weiter voranbringen, insbesondere die EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel, die Initiativen im Rahmen des Aktionsplans der EU für die Kreislaufwirtschaft, die Chemikalienstrategie und die EU-Waldstrategie.

Der Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie ist eines der sichtbarsten Beispiele für die Einbindung der lokalen Behörden in den Klimaschutz und setzt die freiwilligen Verpflichtungen, die gesetzten Ziele zu erfüllen oder sogar zu übertreffen, in die Tat um.

Wir werden die Innovation, die Digitalisierung und das nachhaltige Management der natürlichen Ressourcen in ländlichen Gebieten fördern und die Weiterführung der Verhandlungen über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik prioritär behandeln.

Wir möchten den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Ressourcen der Ozeane und Meere durch die Organisation einer hochrangigen Konferenz zu nachhaltigen Ozeanen verbessern. Diese soll im Juni auf den Azoren stattfinden. Besonderes Augenmerk werden wir auf die Entwicklung der blauen Wirtschaft, eine integrierte Meerespolitik und die Umsetzung der Gemeinsamen Fischereipolitik legen.



3– Ein digitales Europa

Beschleunigung des digitalen Wandels im Dienste der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen

Um die wirtschaftliche Erholung anzukurbeln, werden wir Initiativen, die zur Beschleunigung des digitalen Wandels beitragen, hohe Priorität beimessen. Wir werden außerdem die Vorreiterrolle der EU im Bereich digitale Innovationen und Digitalwirtschaft fördern. In diesem Kontext **sollte besonderes Augenmerk auf die allgemeine Entwicklung digitaler Kompetenzen gerichtet werden, damit sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an die neuen Produktionsprozesse (Telearbeit) anpassen können, sowie auf den digitalen Wandel in der Wirtschaft und digitale Plattformen, auf die Bereiche elektronischer Handel, elektronische Zahlung und elektronische Steuererklärung, die Förderung von Gesundheit und Prävention von Krankheiten sowie Fernunterricht in der Bildung und im Bereich des lebenslangen Lernens.**

Wir werden besondere Anreize für neue digitale Lösungen und Strategien für die grüne Wende in den Bereichen Gesundheit, Forschung und Innovation (F&I), gewerbliche Schutzrechte, Justiz und Mobilität schaffen.

Ebenso werden wir einen besseren Zugang zu zuverlässigen Daten und Informationen und deren Austausch fördern, um das Leben der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere durch die Schaffung einer europäischen digitalen Identität, zu erleichtern.

Hierbei muss der Staat mit gutem Beispiel vorangehen und eine flexiblere öffentliche Verwaltung schaffen, die in der Lage ist, den Bürgerinnen und Bürgern und den Unternehmen auf direkterem Wege bessere Dienstleistungen zu bieten. Daher werden wir die Umsetzung von bewährten digitalen Verfahren publik machen, um öffentliche Verwaltungen, auch durch Nutzung künstlicher Intelligenz, zu modernisieren. In diesem Sinne werden wir ein Ministertreffen aus den Ressorts der öffentlichen Verwaltung organisieren. Durch die Förderung des Forums der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) „*Accessible Europe: ICT for ALL*“ im März in Lissabon, verfolgen wir die digitale Inklusion der EU-Bürgerinnen und -Bürger.

Die Modernisierung der lokalen Verwaltungen ist uns ein besonderes Anliegen und wir werden dabei die Rolle der Digitalisierung bei der Entwicklung „intelligenter Städte“ hervorheben.

Wir werden eine europäische Sichtweise der digitalen Entwicklung vertreten, die alle Akteure des digitalen Ökosystems miteinbezieht und alle Dimensionen des digitalen Wandels widerspiegelt. Dies beinhaltet auch die Weiterbehandlung des Weißbuchs zur Künstlichen Intelligenz. Wir treten für den Grundsatz ein, dass die Technologie im Dienste der Menschen stehen und die Wirtschaft durch Gerechtigkeit und Wettbewerbsfähigkeit gekennzeichnet sein sollte, die die Werte einer demokratischen, offenen und nachhaltigen Gesellschaft vollumfassend respektiert.

Wir setzen uns für eine globale digitale Kooperationsstrategie in Einklang mit den Zielen der Vereinten Nationen (UNO) für die nachhaltige Entwicklung bis 2030 ein, die die Rolle der EU als globaler Akteur und weltweite Referenz für Ethik und Vertrauen hervorhebt. Der Ratsvorsitz wird gemeinsam mit der Europäischen Kommission im März in Porto den Digitalen Tag („*Digital Day*“) und im Juni in Lissabon die Digitale Versammlung durchführen, die eine Erklärung zur zweckorientierten digitalen Demokratie („*Digital Democracy with a purpose*“) hervorbringen soll.

Wir stärken das europäische Unternehmertum durch die Schaffung einer europäischen Struktur für Unternehmertum und durch die Förderung der Initiative „EU Start-up Nations Standards“.

Besonderen Stellenwert werden wir dem strategischen Aufbau einer europäischen Datenplattform beimessen. Sie basiert auf Seekabeln, besonders für die Verbindungen zwischen Europa, Afrika und Südamerika, und wird zur größeren digitalen Unabhängigkeit Europas beitragen und Infrastrukturen und Daten verbinden. Im Juni wird der Ratsvorsitz in Sines das Ellalink-Kabel einweihen, das Europa mit Afrika und Südamerika verbinden wird.

Im Rahmen der neuen EU-Strategie für eine Sicherheitsunion werden wir die Grundlagen für die Interoperabilität der Informationssysteme als wichtiges Instrument der polizeilichen Zusammenarbeit schaffen.

Ebenso hohe Priorität wird die Förderung eines wettbewerbsfähigen und in die Wirtschaft eingebundenen Raumfahrtsektors genießen, der die Nutzung von Daten und Raumfahrttechnologien durch Unternehmen und die öffentliche Politik optimiert.



4– Ein soziales Europa

Aufwertung und Stärkung des europäischen Sozialmodells

Die EU muss ihr Sozialmodell aufwerten und stärken und den Bürgerinnen und Bürgern Vertrauen vermitteln, damit sie sich von der Krise erholen und für den klimapolitischen und digitalen Wandel bereit sind. Sie muss außerdem Sorge dafür tragen, dass dabei niemand zurückbleibt. Nur ein stärkeres, gerechteres und inklusiveres soziales Europa kann die sozialen Auswirkungen der Pandemie meistern und ein generationsübergreifendes Gleichgewicht, die Zukunft der europäischen Jugend und das Wohlergehen aller sicherstellen.

Die europäische Säule sozialer Rechte muss eine konkrete Bedeutung im Leben der Bürgerinnen und Bürger erlangen.

Der Sozialgipfel im Mai 2021 in Porto wird politische Impulse für die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte und des entsprechenden Aktionsplans geben und ihre zentrale Rolle für die europäische Erholung und für die Anpassung an den klimapolitischen, digitalen und demografischen Wandel hervorheben. Dort wird sich auch die Gelegenheit für eine Vertiefung des Dialogs mit den Sozialpartnern und den Bürgerinnen und Bürgern bieten.

Der Sozialgipfel wird ein Leitmoment des portugiesischen Ratsvorsitzes sein und sich aus zwei Schlüsseltreffen zusammensetzen: einer Konferenz auf hoher Ebene mit einer breiten Beteiligung und einem Treffen der Staats- und Regierungschefs auf Einladung des Präsidenten des Europäischen Rates. **Hauptpunkte auf der Agenda des Gipfels werden die Bereiche Beschäftigung, Qualifikationen und Sozialschutz sein.**

Wir werden die Debatte in Bezug auf die Befähigung der Bürgerinnen und Bürger für die digitalen Herausforderungen voranbringen, indem wir im Mai eine Konferenz auf hoher Ebene über digitale Bildung organisieren. Weitere wichtige Themen werden die Zukunft der Arbeit, menschenwürdige Arbeit, die Verhandlungen über eine Richtlinie über angemessene Mindestlöhne und die Förderung der Entwicklung von an die moderne und digitale Wirtschaft angepassten Qualifikationen sein.

Wir werden dem Thema Geschlechtergleichstellung sowie den politischen Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung, Armut und sozialer Ausgrenzung in allen Querschnittsdimensionen Aufmerksamkeit schenken und dabei den besonderen Schutz der am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen miteinbeziehen.

Wir werden eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Bereich der Gesundheit fördern und notwendige Aktionen unterstützen, um die Reaktionsfähigkeit der Gesundheitsdienste auf Gefahren für die öffentliche Gesundheit zu verbessern. Auch werden wir die Rolle der EU in Hinblick auf die globale Gesundheit hervorheben.



5– Ein globales Europa

Förderung eines weltoffenen Europas

Ein weltoffenes Europa, ein wirksamer Multilateralismus und die geopolitische Positionierung als globaler Akteur mit maßgeblicher Beteiligung an allen relevanten internationalen Foren erfordern eine umfassende Agenda und eine ausgewogene Beziehung zu den anderen Akteuren.

Die Pandemie hat noch deutlicher gemacht, dass die EU bei der Bewältigung globaler Krisen und Notsituationen eine führende Rolle einnehmen muss. Wir werden eine europäische Perspektive vertreten, die auf unseren Werten und starken internationalen Partnerschaften aufbaut, um diese gemeinsamen Herausforderungen zu bewältigen.

Wir werden uns für eine europäische Führungsrolle bei der Konsolidierung eines regelbasierten und offenen Welthandelssystems einsetzen und eine starke und ausgewogene Handelsagenda fördern, sei es bei der Modernisierung der Welthandelsorganisation (WTO), bei der Durchführung von neuen bilateralen oder multilateralen Handelsabkommen oder der wirksamen Umsetzung der bereits bestehenden Abkommen.

Die Beziehung zwischen der EU und Afrika ist von zentraler Bedeutung. Beide Seiten sind sich der Notwendigkeit eines strategischen Dialogs zur Lösung der globalen Herausforderungen bewusst. Das betrifft Themen wie Frieden und Sicherheit, die Energiewende, Handel oder Bevölkerungsströme genauso wie Gesundheitskrisen wie die, die wir aktuell erleben. Wir werden uns aktiv in die Vorbereitung und Organisation des 6. Gipfeltreffens zwischen der Afrikanischen Union und der EU einbringen, auf dem eine interkontinentale Partnerschaft von beidseitigem Vorteil gefestigt werden soll. In diesem Kontext werden wir der grünen Wende in Afrika besondere Aufmerksamkeit widmen, da sie für die Zukunft des Privatsektors, die Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem Kontinent und den Kampf gegen den Klimawandel von zentraler Bedeutung ist. Der Abschluss des neuen Kooperationsabkommens mit den Staaten in Afrika, der Karibik und dem Pazifik (Nachfolgeabkommen zum Cotonou-Abkommen) wird ebenso vorrangig sein.

In Kooperation mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) wird Portugal im April in Lissabon ein hochrangiges Forum zu Wirtschaft und grünen Investitionen zwischen der EU und Afrika organisieren. Das Ziel des Forums wird es sein, die Investitionsströme zwischen beiden Kontinenten, insbesondere im Hinblick auf grüne Investitionen und die Energiewende, zu erhöhen.

Der portugiesische Ratsvorsitz wird den Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (Hoher

Vertreter) durch Beiträge zur Realisierung der aktuellen Agenden und der geplanten Programme bei der Umsetzung der europäischen außenpolitischen Agenda sowie in der Nachbarschaftspolitik im Rahmen der Östlichen Partnerschaft und der Gestaltung der Beziehungen zu Afrika, Asien und dem amerikanischen Kontinent unterstützen.

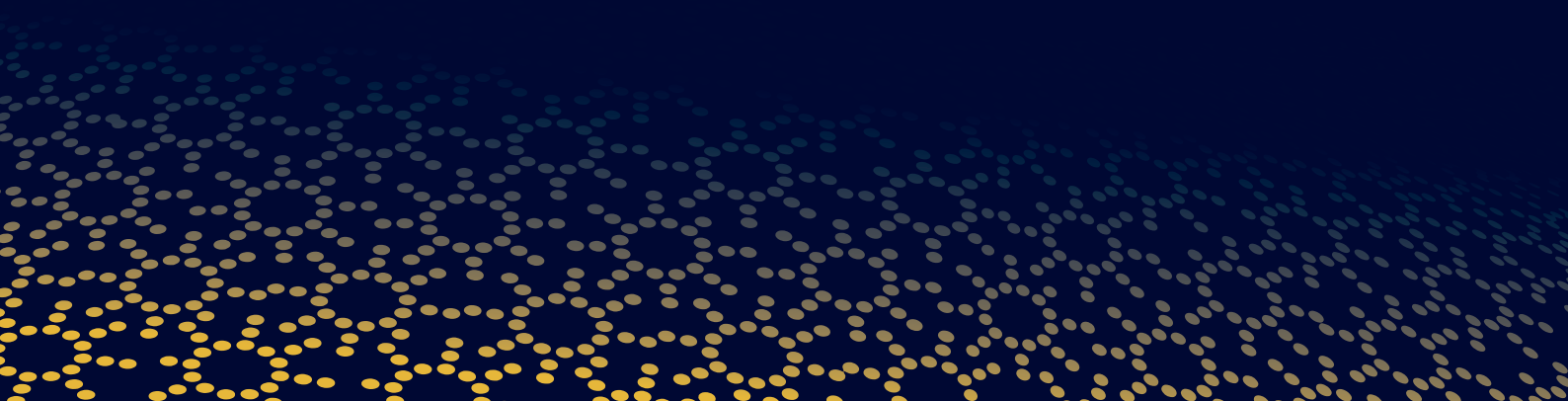
Unser Vorhaben ist es, den Nachbarschaftsbeziehungen zum südlichen Mittelmeerraum wieder neue politische Impulse zu geben, die Herausforderungen der lateinamerikanischen Partner zu begleiten und uns für die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen einzusetzen. **Wir werden alles daransetzen, während des portugiesischen Ratsvorsitzes den Dialog mit den Vereinigten Staaten von Amerika, einem strategischen Partner in allen Bereichen, voranzubringen und das Potenzial der transatlantischen Beziehungen voll auszuschöpfen.** Die Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung, die Stärkung des Multilateralismus und die Anstrengungen im Bereich des Klimaschutzes, die von dem angekündigten Wiedereintritt der USA in das Pariser Klimaschutzübereinkommen profitieren werden, sollen ebenfalls hervorgehoben werden. Ebenso relevant wird die Entwicklung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sein.

Wir werden auch eine Vertiefung der Beziehungen zu Indien fördern, indem wir politische Dialoge und Kooperationen intensivieren sowie die wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit voranbringen. In diesem Sinne wird im Mai in Porto auf Einladung des Präsidenten des Europäischen Rates ein Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs mit dem indischen Premierminister stattfinden.

Der portugiesische Ratsvorsitz wird der zukünftigen Beziehung zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich Priorität einräumen und setzt sich für eine umfassende und gleichberechtigte Partnerschaft auf Augenhöhe ein, die im Einklang mit den Interessen der EU und ihrer Mitgliedstaaten steht.

Auch der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und der entsprechenden Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten soll die gebührende Aufmerksamkeit zukommen. Dabei werden wir zur Reflexion über die maritime Sicherheit anregen, basierend auf einer aktuellen Bewertung der Bedrohungen in relevanten Seegebieten, wie dem Golf von Guinea oder dem Atlantik. Im Mai wird der Ratsvorsitz das *Atlantic Centre* auf den Azoren offiziell einweihen.

Umsetzung der strategischen Agenda 2019-2024





Umsetzung der strategischen Agenda 2019-2024

I. SCHUTZ DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER UND DER FREIHEITEN

Allgemeines

Der portugiesische EU-Ratsvorsitz wird eine koordinierte europäische Reaktion auf die COVID-19-Pandemie fördern und versuchen, die Auswirkungen auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger zu minimieren sowie die gute Funktionsweise des Binnenmarkts zu erhalten. Wir werden den Informationsaustausch und die Entwicklung gemeinsamer Instrumente zur Sicherung von Resilienz, Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltigem Wachstum nach der Pandemie fördern.

Der Ratsvorsitz wird den zukünftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich Priorität einräumen und setzt sich für eine umfassende und gleichberechtigte Partnerschaft auf Augenhöhe ein, die im Einklang mit den Interessen der EU und ihren Mitgliedstaaten steht und dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger besonderes Gewicht beimisst.

Wir werden uns weiterhin den unterschiedlichen Mechanismen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der EU widmen, wie beispielsweise dem neuen jährlich veröffentlichten Bericht der Europäischen Kommission und seiner Erörterung im Rat. Im Mai werden wir in Coimbra eine Konferenz auf hoher Ebene zum Thema Rechtsstaatlichkeit abhalten.

Die Förderung der Chancengleichheit und der Kampf gegen jede Form der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Orientierung werden durchgängige Prioritäten darstellen.

Wir verfolgen das durch den Vertrag von Lissabon vorgegebene Ziel des Beitritts der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention und werden an der Überarbeitung der Strategie zur Umsetzung der EU-Grundrechtecharta und der Verordnung über die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte arbeiten. Den EU-Aktionsplan gegen Rassismus 2020-2025 werden wir weiter voranbringen.

Die Konferenz zur Zukunft Europas soll die aktive Beteiligung der europäischen Bürgerinnen und Bürger, insbesondere der Jugend, ermöglichen. Sie soll eine inklusive Plattform darstellen, die zur Entwicklung mittel- und langfristiger politischer Maßnahmen und Strategien beiträgt, um sich den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zu stellen.

Der Ratsvorsitz wird den Wert des Subsidiaritätsprinzips und des Regierens auf mehreren Ebenen hochhalten und die Zusammenarbeit zwischen regionalen und lokalen Akteuren im Sinne einer stärkeren Einbindung und Übernahme von Entscheidungen und politischen Maßnahmen und Strategien fördern. Die Diversität der politisch-administrativen Organisationsformen der Mitgliedstaaten soll hierbei stets im Blick behalten werden.

Die Bürgerbeteiligung, insbesondere die Beteiligung der Jugend, stellt einen Grundpfeiler der Entwicklung des europäischen Projekts dar. In diesem Sinne werden wir der Errichtung des zukünftigen Europäischen Solidaritätskorps im Juni in Viana do Castelo erhöhte Sichtbarkeit verleihen.

Im Bereich der Prävention und Bekämpfung von Desinformation werden wir den Europäischen Aktionsplan für Demokratie einen besonderen Stellenwert einräumen und uns für die Verbreitung transparenter, faktenbasierter und sachdienlicher Information einsetzen, um für größere Resilienz der Gesellschaften zu sorgen und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Mit besonderer Aufmerksamkeit werden wir externen Bedrohungen für die Wahlprozesse in der EU und in den Mitgliedstaaten nachgehen.

Es ist dem Ratsvorsitz ein Anliegen, dazu beizutragen, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger und der Organisationen in die europäische Reaktion auf hybride Bedrohungen und Herausforderungen des Cyberraums zu stärken.

Wir werden uns dafür stark machen, dass das Europäische Statistische System als unverzichtbares Hilfsmittel bei der Entscheidungsfindung bewahrt wird, insbesondere im Bereich der guten Regierungsführung, der nachhaltigen Entwicklung sowie bei der Bereitstellung notwendiger Informationen in Bezug auf COVID-19.



Justiz und Inneres

Migration, Schengen und Grenzmanagement

Der Ratsvorsitz wird dem neuen Migrations- und Asylpaket und den aus ihm hervorgehenden Initiativen hohe Priorität einräumen. Dies hat zum Ziel, einen gemeinsamen Mechanismus zur Migrationssteuerung zu schaffen, der sowohl wirksam, resilient und zuverlässig ist, als auch die Menschenrechte schützt und auf einer gerechten Verteilung der Anstrengungen und Verpflichtungen basiert.

Wir werden die Vertiefung der Partnerschaften der EU mit den Herkunfts- und Transitländern der Migrantinnen und Migranten durch einen konstruktiven Dialog über die Entwicklung einer Politik zur Förderung legaler Migrationswege voranbringen. So soll eine nachhaltige Alternative geschaffen werden, die das Ziel der Integration der Migrantinnen und Migranten und insbesondere der unbegleiteten Minderjährigen vor Augen hat.

Ziele dieses Ratsvorsitzes werden die Umsetzung der Erklärung von Valletta und des entsprechenden Aktionsplans, gemeinsam mit den beiden begleitend stattfindenden regionalen Dialogen, den Prozessen von Khartum und Rabat, sowie die Weiterverfolgung des globalen Pakts für Migration und des globalen Pakts für Flüchtlinge sein. Wir werden in Lissabon eine Ministerkonferenz zu Migrationsströmen abhalten.

Der Ratsvorsitz wird zu den Überlegungen über die Zukunft von Schengen beitragen und bekräftigt sein Engagement zur Verteidigung des freien Personenverkehrs in Europa. Gleichzeitig werden wir die Debatte über eine wirksame Kontrolle unserer Außengrenzen fortführen. Hierfür ist es grundlegend, dass das neue Mandat der Europäischen Grenz- und Küstenwache (Frontex) umgesetzt wird, die im Januar in Lissabon ihre ständige Reserve aufstellen wird. Wir werden uns auch der Interoperabilität der Informationssysteme sowie der Umsetzung des Einreise-/Ausreisystems und des Europäischen Reiseinformati- und genehmigungssystems (ETIAS) widmen.

Katastrophenmanagement und Zivilschutz

Der Ratsvorsitz wird zur Einrichtung eines ambitionierten und umfassenden Katastrophenmanagementsystems in der EU beitragen, das auf solidarische und umfassende Art und Weise eine stärkere kollektive Resilienz in der Reaktion auf Notsituationen fördert, einschließlich der Rückführung europäischer Bürgerinnen und Bürger aus Drittländern. Weitere Schwerpunkte werden die Festigung des Katastrophenschutzverfahrens der Union, die Schaffung strategischer Reserven an lebensnotwendigen Gütern und die Unterstützung spezifischer militärischer Kapazitäten sein, um schneller, flexibler und bereichsübergreifend auf Katastrophen reagieren zu können.

Die Stärkung der gemeinsamen Reaktionsfähigkeit und der Mechanismen, die ergänzend zur Solidarität der Mitgliedstaaten wirken, wird eine weitere Priorität darstellen. Wir wollen die Kapazitäten von rescEU (Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe) aufstocken und zur Erweiterung des EU-Wissensnetzes für Katastrophenschutz beitragen.

Der Ratsvorsitz wird die lokale konsularische Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den EU-Delegationen im Hinblick auf eine bessere Vorbereitung auf Krisensituationen intensivieren.



Justiz und Inneres

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit

Die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit ist ein Schlüsselement des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts der Union und soll weiter vertieft werden. Neue Kriminalitätsformen, insbesondere im Cyberraum, und die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie erfordern einen Ausbau der Kapazitäten der Strafverfolgungsbehörden und der Justizsysteme, um Bedrohungen schneller zu identifizieren und die Auswirkungen insbesondere für die schutzbedürftigsten Bevölkerungsgruppen gering zu halten. Der Ratsvorsitz wird die aus der neuen Strategie für eine Sicherheitsunion resultierenden Initiativen begleiten und der Entwicklung einer neuen Strategie der inneren Sicherheit der Europäischen Union einen erhöhten Stellenwert einräumen. Dabei wird auf die Prävention und den Schutz der Bürgerinnen und Bürger und ihrer Rechte, Freiheiten und Garantien aufgebaut.

Wir werden den Abschluss des aktuellen politischen Zyklus im Kampf gegen schwere und organisierte internationale Kriminalität sicherstellen und für die Einleitung des neuen Zyklus sorgen, in dessen Rahmen wir einen erweiterten Dialog mit allen Interessenträgern fördern möchten. Die Umsetzung der europäischen Strategie für die Rechte von Opfern 2020-2025 wird dabei eine Priorität darstellen.

Die Herausforderungen, vor die die transnationale Kriminalität die Sicherheits- und Justizbehörden stellt, sind höchst komplex. Besonders hervorzuheben sind die Bereiche Prävention, Ausbildung, gemeinsame Risikoanalyse, Informationsaustausch und die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den europäischen Agenturen sowie mit den Drittländern.

Besondere Bedeutung wird der Ratsvorsitz der Terrorismusprävention und der Terrorismusbekämpfung beimessen. Hierbei handelt es sich um ein Querschnittsthema, das uns alle betrifft und die europäischen Grundwerte infrage stellt. Wir werden die unterschiedlichen europäischen Initiativen zum Kampf gegen den Terrorismus in all seinen Formen unterstützen. Dies beinhaltet auch eine Lagebewertung der Bedrohung durch Terrorismus und Extremismus. Besondere Aufmerksamkeit richten wir auf Radikalisierung und gewaltorientierten Extremismus in jeder Form und Ausrichtung einschließlich virtueller Formen. Daher werden wir die koordinierte Beteiligung aller an Prävention und Bekämpfung von terroristischen Bedrohungen beteiligten Akteure anregen und beste Voraussetzungen dafür schaffen.

Im Bereich der strafrechtlichen und polizeilichen Zusammenarbeit wird die koordinierte Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität eine besonders wichtige Rolle spielen. Hierbei werden besonders Drogen- und Menschenhandel, Verbrechen gegen Frauen und Kinder, Cyberkriminalität, insbesondere sexueller Missbrauch von Kindern, sowie Hasskriminalität im Zentrum stehen. Ebenso werden wir die Erhebung von elektronischen Beweismitteln sowie die Zusammenarbeit und den Austausch von Informationen in Bezug auf Sprengstoffe und Waffen fördern. Wir werden in Lissabon eine hochrangige Konferenz zum Thema der polizeilichen Zusammenarbeit zwischen der EU und Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas organisieren.

Die Überarbeitung der Europol-Verordnung und die Umsetzung des EU-Aktionsplans zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung werden weitere Prioritäten darstellen.

Der Ratsvorsitz widmet sich mit besonderer Aufmerksamkeit der Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft.

Der Ratsvorsitz sieht auch eine vertiefte Reflexion über die Verbindung zwischen grenzübergreifender organisierter Kriminalität und Fälschungsdelikten vor. Ferner möchte er die bestehenden Anstrengungen gegen Umweltkriminalität und dabei insbesondere die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in diesen Bereichen vertiefen.

Im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen werden der Multilateralismus und die Intensivierung der Beziehungen zu anderen internationalen Instanzen, wie zur Haager Konferenz für Internationales Privatrecht, zur Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht oder zum Internationalen Institut für die Vereinheitlichung des Privatrechts, als Richtschnur für die Arbeit des Ratsvorsitzes dienen.

Der Ratsvorsitz wird sich auch den Themen bürgernahe Polizeiarbeit und Förderung der öffentlichen Sicherheit, beispielsweise auf öffentlichen Plätzen, sowie Sicherheit und Gewalt im Sport widmen



Justiz und Inneres

Elektronischer Rechtsverkehr und Bürgerrechte

Der Ratsvorsitz beabsichtigt, die Verwendung neuer Technologien in der Justiz weiter anzuregen, deren Bedeutung während der COVID-19-Pandemie noch deutlicher zutage getreten ist. Die Interoperabilität der europäischen Rechts- und Justizsysteme sowie der Informationssysteme der Mitgliedstaaten sind in diesem Bereich von besonderer Relevanz. Die stabile Verwaltung des e CODEX-Systems – des digitalen Instruments für eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten – und die kontinuierliche Umsetzung des Aktionsplans 2019-2023 für die europäische E-Justiz sind wichtige Zielsetzungen.

Der Einbindung künstlicher Intelligenz in die Justizsysteme und den damit zusammenhängenden Fragen zur zivilrechtlichen Haftung werden wir besondere Aufmerksamkeit widmen. Im April werden wir in Lissabon eine hochrangige Konferenz zur E-Justiz abhalten.

Schutz schutzbedürftiger Erwachsener

Schutzbedürftige Erwachsene sehen sich bei der Ausübung ihrer Rechte, der Verteidigung ihrer Interessen und beim Zugang zur Justiz häufig mit großen Hürden und Herausforderungen konfrontiert. Wir werden einen Reflexionsprozess zur aktuellen Situation in Bezug auf ihren Schutz und die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen der Rechtsangleichung und der gegenseitigen Anerkennung von Entscheidungen in der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen sowie zur Ausübung der Rechte in Strafverfahren anregen. Im März werden wir in Lissabon eine Konferenz auf hoher Ebene über den Schutz schutzbedürftiger Erwachsener abhalten.



II. ENTWICKLUNG UNSERER WIRTSCHAFTLICHEN BASIS: DAS EUROPÄISCHE ZUKUNFTSMODELL

Wirtschaft und Finanzen

Oberste Priorität dieses Ratsvorsitzes wird die Umsetzung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) und des Instruments „NextGenerationEU“ sein. Dies beinhaltet auch die Annahme der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne, die für die wirtschaftliche Wiederbelebung Europas grundlegend sind. Im Juni werden wir in diesem Zusammenhang in Lissabon eine hochrangige Konferenz zur Erholung Europas durchführen, bei der sich die Debatte um die wirtschaftliche und finanzielle Lage vor dem Hintergrund der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne drehen wird.

Besonders hervorzuheben sind die folgenden Instrumente: die Aufbau- und Resilienzfazilität, die die nationalen Investitions- und Reformpläne unterstützen wird, die abhängig von den Prioritäten der EU und den spezifischen Empfehlungen für jeden Mitgliedstaat definiert werden; SURE, das Instrument zur vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in einer Notlage; die Strategie für ein nachhaltiges Finanzwesen und die aus ihr hervorgehenden Instrumente sowie das InvestEU-Programm, das ebenfalls zur Wiederbelebung der Wirtschaft und zur Einhaltung der Ziele in Bezug auf die klimapolitische und digitale Wende beiträgt.

Wir werden eine aktive Rolle im Europäischen Semester übernehmen, dem Koordinationsprozess für die Haushalts- und Wirtschaftspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten. Dies wird sich als entscheidend für die wirtschaftliche und finanzielle Erholung sowie für Konvergenz, Zusammenhalt und Inklusion in der EU erweisen.

Die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ist eine Priorität des Ratsvorsitzes. Dazu gehören auch die Initiativen zur Bankenunion, insbesondere die Schaffung eines europäischen Einlagensicherungssystems, sowie die Kapitalmarktunion. Die Vertiefung der WWU ist ein Schlüsselement der verstärkten Integration und Resilienz im Finanzsektor, der Schaffung von Finanzierungs- und Kapitalisierungsalternativen für Unternehmen sowie der Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und der internationalen Rolle des Euro.

Der Ratsvorsitz wird den Aktionsplan für die Zollunion weiter voranbringen. Ziel ist es, diese mit einem solideren Rahmen auszustatten, um die Bürgerinnen und Bürger und den Binnenmarkt zu schützen. Besonders nennenswert ist in diesem Bereich die Entwicklung der einheitlichen Zollabwicklung der EU.

Im Bereich der Finanzdienstleistungen möchten wir zu einem erfolgreichen Abschluss der Gesetzesinitiativen beitragen, die für mehr Resilienz im Finanzsektor sorgen. Besondere Bedeutung kommt hierbei der Einführung der neuen Standards des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht zu, die das Reformpaket nach der Krise von 2009 vervollständigen werden.

Was die digitale Wende im Finanzsektor betrifft, so soll der von uns vertretene Ansatz die technische Entwicklung vorantreiben und finanzielle Stabilität sicherstellen. Dabei muss eine Verbindung von Finanzregulierung und -überwachung sowie Wettbewerb und Datenschutz hergestellt werden. Prioritäten in diesem Bereich sind Initiativen in Bezug auf Kryptoanlagen, die operative Widerstandsfähigkeit der finanziellen Mittler und Zahlungen.

Der Ratsvorsitz wird sich auch mit den Herausforderungen der europäischen Steuerstruktur befassen, d. h. mit dem Besteuerungsmodell der Digitalwirtschaft in Bezug auf Steuergerechtigkeit und -effizienz. Die Verteilung der Steuerlast soll auf gerechte und ausgewogene Weise zugunsten eines gesunden Wettbewerbs geschehen. Dabei sollen Mechanismen für gute Regierungsführung und steuerliche Transparenz auf globaler Ebene gefördert und der Kampf gegen Betrug, Hinterziehung und Umgehung von Steuern durch nicht kooperative Länder und Gebiete intensiviert werden. Der Ratsvorsitz möchte die Voraussetzungen für ein politisches Übereinkommen zur Überarbeitung der anzuwendenden Regelung über die Veröffentlichung von Informationen zur Körperschaftsteuer durch bestimmte Unternehmen und Filialen schaffen. Wir werden die Umsetzung des EU-Aktionsplans zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung voranbringen.

Was Exportkredite anbelangt, wird der Ratsvorsitz die Koordinierung und Abstimmung mit den internationalen Instanzen sicherstellen, in denen die EU vertreten ist.



Wettbewerbsfähigkeit

Binnenmarkt und Industriepolitik

Die COVID-19-Pandemie hat uns eindrücklich die Bedeutung des Binnenmarkts und einer robusten europäischen Industriestrategie vor Augen geführt. Um die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, ist es notwendig, den Binnenmarkt in all seinen Dimensionen zu stärken. Hierbei sollen besonders die KMU berücksichtigt werden.

Eine starke Industriepolitik, die sowohl global als auch intern gleiche Wettbewerbsbedingungen schafft, ist in diesem Sinne unverzichtbar.

Wir werden die notwendigen Maßnahmen für eine Wiedereinführung und eine verbesserte Funktionsweise des Binnenmarkts fördern. Den Abbau unberechtigter Hemmnisse für den freien Verkehr von Waren und Dienstleistungen werden wir dabei besonders ins Visier nehmen. Wir werden des Weiteren eine Reflexion über die Funktionsweise des Binnenmarkts in Krisenzeiten anregen. Der Ratsvorsitz wird im Juni in Lissabon die Abschlussitzung des Binnenmarktforums SIMFO organisieren.

Besondere Aufmerksamkeit werden wir der Förderung digitaler Dienstleistungen im Binnenmarkt durch das Gesetz für digitale Dienstleistungen schenken.

Eine weitere Priorität wird die neue europäische industriepolitische Strategie als Beitrag zu einer starken und ökologisch nachhaltigen europäischen Industrie sein. Diese soll auf Innovationen, Mehrwert, Investitionen und eine geringere Abhängigkeit von Drittländern setzen, insbesondere was lebensnotwendige Güter und Technologien angeht. Hierfür wird der Ratsvorsitz gemeinsam mit der Europäischen Kommission im Februar in Brüssel die Industrietage organisieren.

Verbraucherinnen und Verbraucher

Der Zugang zu Informationen ist ein Grundbaustein für das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher, die wiederum eine entscheidende Rolle bei der Wende hin zu einer Kreislaufwirtschaft spielen, in der die digitalen Transaktionen vor allem in Bezug auf Produkte aus Drittländern zunehmen werden. Der Ratsvorsitz wird aus diesem Grund besonderes Augenmerk auf die Nachverfolgbarkeit von Produkten, eine bessere Marktüberprüfung sowie auf Nahrungsmittelsicherheit legen.

Die Erholung der europäischen Wertschöpfungsketten sollte aus der Perspektive aller drei Teilbereiche der Wirtschaftspolitik – Industrie, Wettbewerb und Handel – betrachtet werden und zum Zusammenhalt innerhalb der Union und zum Abbau regionaler Ungleichheiten beitragen, etwa durch die Umsetzung wichtiger Projekte von gemeinsamem europäischem Interesse, die eine breite Beteiligung der Mitgliedstaaten, die Stärkung der Position der europäischen Produzenten und eine ausgewogene Verteilung der Ergebnisse gewährleisten. Der Ratsvorsitz möchte daher das Konzept der „industriellen Ökosysteme“ weiter ausarbeiten und die Schaffung europäischer Cluster fördern, indem Synergien zwischen Sektoren, Wertschöpfungsketten und Mitgliedstaaten genutzt und Wissensproduktion, Technologieentwicklung und Unternehmen näher zusammengebracht sowie das Netz digitaler Innovationszentren gestärkt werden.

Dies erfordert einen neuen Rahmen, der nicht nur Fragen im Zusammenhang mit von Drittländern gewährten Subventionen behandelt, sondern auch die Einhaltung der europäischen Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards. Die Einhaltung dieser Vorschriften auf Unionsebene muss sichergestellt werden und mit einer sorgfältigen Überprüfung des Allgemeinen Präferenzsystems einhergehen.

Die KMU werden für diesen Ratsvorsitz im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. Dies betrifft besonders die Debatte um die Anpassung des Regulierungsrahmens für KMU an die aktuelle Realität, die die Digitalisierung, die Umsetzung fortschrittlicher Technologien und neuer und effizienterer Geschäftsmodelle, die Beteiligung an globalen Wertschöpfungsketten sowie die Fortbildung der Humanressourcen zum Ergebnis haben soll.

Wir werden uns neben anderen Gesetzesvorschlägen für die Umsetzung der neuen Verbraucheragenda einsetzen, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen soll, sich an den klimatischen und digitalen Wandel anzupassen. Gemeinsam mit der Europäischen Kommission werden wir im März in Lissabon den europäischen Verbrauchergipfel veranstalten, um die Reflexion über diese Themen zu vertiefen. **Des Weiteren wird im März in Lissabon ein hochrangiges Treffen zum Thema Verbraucherschutz stattfinden.**

Im Bereich der Finanzdienstleistungen möchten wir die Initiative zu Verbraucherkrediten fortführen.



Wettbewerbsfähigkeit

Tourismus

Der Tourismus ist in besonderem Maße von der Pandemie betroffen. Daher wird der Ratsvorsitz der Umsetzung und dem Monitoring der Aufbaumaßnahmen sowie der Schaffung von Arbeitsplätzen im Tourismus Priorität einräumen.

Die KMU werden im Zentrum stehen. Wir werden das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher wiederaufbauen, die Maßnahmen zum freien Personenverkehr besser koordinieren und ein nachhaltiges, innovatives und resilientes Ökosystem fördern. Dies gilt auch für Bereiche in Verbindung mit der zivilen Luftfahrt und der Kultur.

Dem nachhaltigen Tourismus wollen wir neue Impulse verleihen und dabei die Umsetzung der Ergebnisse des europäischen Tourismuskonvents von Oktober 2020 fördern. Der Ratsvorsitz wird im Mai in Porto ein hochrangiges Forum zu Nachhaltigkeit und Tourismus veranstalten.

Wir werden die Bemühungen zur Schaffung eines europäischen Innovationsnetzes unterstützen, das den digitalen Wandel in diesem Sektor unterstützen soll. In diesem Kontext möchten wir auch eine Debatte über Big Data und ihre freie Zirkulation als Quelle für Tourismusstatistiken anregen, um das Angebot an Daten für die Unternehmen zu verbessern.

Bessere Rechtsetzung

Als Folgemaßnahme zur Mitteilung über bessere Rechtsetzung wird der Ratsvorsitz den Beitrag des digitalen Wandels durch künstliche Intelligenz und Datenwissenschaft im Hinblick auf effizientere und flexiblere Gesetzgebungsverfahren hervorheben, die zur Verbesserung der Folgenabschätzung beitragen werden. In diesem Zusammenhang werden wir besonderes Augenmerk auf quantitative Folgenabschätzungen, ex-ante oder ex-post, einschließlich des One-in-one-out-Grundsatzes legen, der vorsieht, dass neue Belastungen, die durch die europäische Gesetzgebung entstehen, durch die Beseitigung anderer unnötiger Belastungen ausgeglichen werden. Auch qualitativen Bewertungen, vorausschauenden Analysen und der Einbindung der unterschiedlichen Interessenträger soll besondere Beachtung geschenkt werden.

Gewerbliches Eigentum

Wir werden die Vorteile von gewerblichen Schutzrechten besonderes Augenmerk widmen und das System für diese Schutzrechte fördern. Dafür werden innovative Lösungen, insbesondere im Bereich der grünen Technologien und der künstlichen Intelligenz, sowie die Bekämpfung von Nachahmung besonders unterstützt. Im Februar werden wir in Lissabon eine hochrangige Konferenz zum Thema geistiges Eigentum und digitaler Wandel organisieren.



Wettbewerbsfähigkeit

Forschung und Innovation

Der Ratsvorsitz beabsichtigt, zur Stärkung von Forschung und Innovation (F&I) in Europa beizutragen. Zu diesem Zweck wird er die Koordinierung der Anstrengungen und Synergien zwischen den europäischen Wissenschafts-, Technologie- und Innovationsgemeinschaften fördern und dabei besonders den Nexus Wissenschaft-Beschäftigung-Resilienz in den Vordergrund stellen.

Bis 2030 sollen 3 % des BIP in Forschungsinvestitionen fließen (2/3 aus dem Privatsektor und 1/3 aus der öffentlichen Hand). Dieses Ziel muss mit neuem Elan angegangen werden. Zu diesem Zweck muss eine Verbindung zwischen den nationalen Aufbau- und Resilienzplänen und den europäischen Fonds unter zentraler und dezentraler Mittelverwaltung sichergestellt werden.

Der Einführung des Programms „Horizont Europa“, die für Februar in Lissabon vorgesehen ist, möchten wir besondere Sichtbarkeit verleihen. Dies gilt auch für den Abschluss der Verordnungen zur Schaffung der Europäischen Partnerschaften und den Beginn der Missionen, die mit umfangreichen Investitionen im Bereich F&I verbunden sind und große Auswirkungen und Bedeutung für die Gesellschaft haben.

Die COVID-19-Pandemie hat aufgezeigt, wie wichtig es ist, die Politik im Bereich F&I zu stärken, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu vertiefen und zu verbessern, die Bildung von Exzellenznetzen und die Erneuerung des Europäischen Forschungsraums (EFR) zu unterstützen. Die Erklärung der Kommission zur Zukunft von F&I und des EFR wird die Stärkung der europäischen Systeme im Bereich F&I ermöglichen und für mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung (F&E) sorgen. Den 20. Jahrestag des EFR werden wir daher als Anlass für die Organisation einer Debatte nehmen.

Wir ermutigen dazu, den gemeinsamen Initiativen im Rahmen des neuen EFR, beispielsweise in Bezug auf Themen wie grüner (aus erneuerbaren Energien hergestellter) Wasserstoff, künstliche Intelligenz in der öffentlichen Sphäre und grüne Höchstleistungsrechnung Kontinuität zu verleihen.

Wir wollen zu einem breiteren und vielfältigeren Zugang zu Wissenschaft und Forschung beitragen und den Bürgerinnen und Bürgern die Aneignung von Fähigkeiten ermöglichen. Wir werden die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Definition wissenschaftlicher Agenden anregen und die europäischen Initiativen im Bereich der Bürgerwissenschaft unterstützen.

Wir werden die Professionalisierung der Forschungskarrieren vorrangig behandeln und sie in den Europäischen Referenzrahmen mit aufnehmen. Hierbei möchten wir uns besonders auf die Themen Vernetzung, Mobilität und Überarbeitung von Bewertungssystemen konzentrieren, um die Arbeits- und Lohnbedingungen zu verbessern und prekäre Strukturen abzubauen. Wir fördern eine ausgewogene Mobilität von Talenten innerhalb und außerhalb Europas.

Die Kooperation zwischen der EU und Afrika wird im Bereich F&I besonders hervorgehoben. Dies gilt vor allem für die Bereiche Raumfahrt und Hochschulbildung mit besonderem Schwerpunkt auf die Stärkung der Institutionen, um der Abwanderung von Fachkräften vorzubeugen.



Wettbewerbsfähigkeit

Raumfahrt

Der Ratsvorsitz wird den Start des Weltraumprogramms der Europäischen Union unterstützen und sich dabei besonders der Entwicklung des „New Space“-Ansatzes, einschließlich der Nutzung von Weltraumtechnologien und -anwendungen in Sektoren außerhalb der Raumfahrt und in der staatlichen Politik, widmen, da davon große Auswirkungen auf die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit Europas ausgehen. In diesem Zusammenhang werden wir im Juni in Coimbra das 4. Atlantische Gipfeltreffen zum Thema „New Space“ organisieren.

Durch die Schaffung neuer Märkte und die Entwicklung innovativer Plattformen für die Beschaffung, Verwaltung und Verarbeitung von Informationen, die auf Satellitendaten gestützt sind, werden wir der Förderung von „New Space“ hohe Priorität beimessen. Die Entwicklung neuer Dienstleistungen auf der Grundlage von Weltraumdaten und Raumfahrttechnologien sind in diesem Kontext besonders relevant. Der Unterstützung von KMU, Start-up-Unternehmen und neuen unternehmerischen Aktivitäten wird besondere Beachtung geschenkt.

Wir werden die Einbindung des öffentlichen, privaten und institutionellen Sektors bei der Schaffung neuer Märkte fördern und mit Anreizen für die Anziehung von Investitionen und die Umsetzung neuer Geschäftsmodelle verbinden.

Die Interaktionen zwischen Weltraum, Erde, Ozeanen und Klima (einschließlich der Küstengebiete) sind in diesem Bereich von besonderem Interesse.

Wir werden der Kooperation zwischen der EU und Afrika im Bereich der Raumfahrt besondere Bedeutung beimessen. Im April werden wir in Lissabon eine Konferenz auf hoher Ebene mit dem Titel „Africa-Europe Science Forum for Earth Observation“ durchführen, die sich dem Schwerpunkt Erdbeobachtung widmen wird.

Allgemeine Angelegenheiten

Kohäsionspolitik

Die Kohäsionspolitik als dauerhafte Strukturpolitik ist die einzige Politik, deren Anwendungsbereich, Umfang und Bürgernähe es erlauben, eine Antwort auf die drei Dimensionen des Wandels zu geben, den Europa durchlebt: den klimatischen, den digitalen und den demografischen Wandel. Durch die Förderung von Konvergenz und Zusammenhalt, die für die Festigung des sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Modells Europas erforderlich sind, trägt die Kohäsionspolitik maßgeblich zur Resilienz der Volkswirtschaften, Gesellschaften und Gebiete bei. Gemeinsam mit der Europäischen Kommission werden wir im Mai die 9. Europäische Konferenz zur Bewertung der Kohäsionspolitik in Porto durchführen.

Wir wollen die Synergien und Komplementaritäten zwischen der Kohäsionspolitik und dem Instrument „NextGenerationEU“ fördern, insbesondere durch die Aufbau- und Resilienzfazilität, das Instrument für technische Unterstützung, das Programm Horizont Europa, das InvestEU-Programm, das LIFE-Programm sowie die Fazilität „Connecting Europe“.

Wir werden die fachliche Überarbeitung der Verordnungen unterstützen und die Annahme der Programmanpassungen in Bezug auf REACT-EU, der Partnerschaftsvereinbarungen und der operationellen Programme der Kohäsionspolitik 2021-2027 überwachen und uns dabei für einen rechtzeitigen Beginn des nächsten Programmplanungszeitraums einsetzen.



Allgemeine Angelegenheiten

Gebiete in äußerster Randlage

Die Gebiete in äußerster Randlage stellen eine eigene regionale Sondersituation dar, und ihre Besonderheiten werden durch Artikel 349 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) explizit anerkannt. **Diese Gebiete geben der Union eine unverzichtbare maritime Dimension und eine strategische Positionierung im Atlantik (insbesondere die Inselgruppen der Azoren und Madeiras), im Indischen Ozean und in der Karibik, die von unbestreitbarer Bedeutung sind.**

Es wird anerkannt, dass ein Gleichgewicht zwischen den Maßnahmen zum Ausgleich der spezifischen Nachteile und Strukturdefizite der Gebiete in äußerster Randlage und derer, die ihr Potenzial und ihre Entwicklungsmöglichkeiten fördern sollen, notwendig ist. Der Ratsvorsitz wird daher in allen EU-Politikbereichen und insbesondere in der Kohäsionspolitik die Besonderheiten dieser Gebiete im Auge behalten.

Es ist von besonderer Relevanz, die Rolle dieser Gebiete in Bezug auf Meeresangelegenheiten hervorzuheben, insbesondere wenn es um die Festlegung der internationalen Meerespolitik geht. Die Landwirtschaftspolitik und die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums spielen eine entscheidende

Rolle für die Gebiete in äußerster Randlage. Da diese Gebiete extremen Naturphänomenen besonders ausgesetzt sind und gleichzeitig eine außergewöhnliche biologische Vielfalt aufweisen, sind auch die Umweltpolitik, der Klimaschutz und die Kreislaufwirtschaft besonders bedeutsam.

In Sachen Verkehrspolitik sollte vor allem bedacht werden, dass die Pandemie die Abhängigkeit der Gebiete in äußerster Randlage vom Luftverkehr und der Schifffahrt und die notwendige Verbesserung der Verkehrsverbindungen zum europäischen Kontinent deutlich gemacht hat.

Die große Abhängigkeit vieler dieser Gebiete vom Tourismus und die Notwendigkeit von Maßnahmen, die eine solide Erholung des Sektors vorantreiben, werden wir ganz besonders beachten.

Die geostrategische Position einiger dieser Gebiete wird für die Raumfahrtspolitik noch stärker zum Tragen kommen.

Wir werden mit der Konferenz der Präsidenten der Gebiete in äußerster Randlage bei der EU-Strategie für die Gebiete in äußerster Randlage zusammenarbeiten, auch mit der Autonomen Region Azoren, die in diesem Halbjahr den Vorsitz der Konferenz innehat.



Verkehr, Telekommunikation und Energie

Verkehr

Der wirtschaftliche, soziale und territoriale Zusammenhalt sowie die Ziele der wirtschaftlichen Erholung, der Dekarbonisierung und der Konsolidierung des Binnenmarktes erfordern einen nachhaltigen, innovativen, widerstandsfähigen und zugänglichen Verkehrssektor.

Wir werden solchen Initiativen Vorrang einräumen, die dazu beitragen, dass die Fahrgäste, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Unternehmen des Sektors sich von den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie erholen können und die Mobilität von Waren, Dienstleistungen und Personen wiederhergestellt werden kann. Wir möchten dafür sorgen, dass die Maßnahmen für die Erholung auch zu einer Modernisierung und nachhaltigen Ausrichtung des Sektors beitragen. Über Konjunkturmaßnahmen hinaus werden wir Initiativen fördern, die zu einer besseren strukturellen Aufstellung des Verkehrssystems der Europäischen Union beitragen.

Im März werden wir das Europäische Jahr der Schiene in Lissabon einläuten. Es wird eine einzigartige Möglichkeit bieten, die Debatte über Maßnahmen zu vertiefen, die dafür sorgen, dass sowohl die Schieneninfrastruktur als auch der Fahrzeugbestand zur Dekarbonisierung, Modernisierung und Sicherheit des Verkehrs beitragen. Wir werden für die Vorteile der Schiene für den Waren- und Fahrgasttransport werben und uns darüber hinaus für intermodale Lösungen in Verbindung mit der Schifffahrt (mittels der Handelshäfen) und ein größeres Angebot an Dienstleistungen und Informationen einsetzen.

Wir werden die Fertigstellung des Hauptnetzes des transeuropäischen Verkehrsnetzes bis 2030 mit besonderer Tatkraft verfolgen. Auch die Schaffung einer größeren Netzdichte innerhalb der EU, insbesondere durch mehr Kapillarverbindungen in entlegene Gegenden und eine bessere Verbindung zu den Gebieten in äußerster Randlage, werden wir in diese Anstrengung miteinbeziehen. Gemeinsam mit der Europäischen Kommission werden wir im Juni in Lissabon die Tage des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) 2021 (*Trans-European Transport Network (TEN-T) Days 2021*) organisieren.

Im Bereich des Luftverkehrs werden wir die Gesetzesvorschläge der Europäischen Kommission in Bezug auf einen effizienten einheitlichen Luftraum, den Schutz der Fluggäste und andere notwendige Maßnahmen für die Stabilität des Sektors nach der COVID-19-Pandemie weiterverfolgen und dabei die volle Einbeziehung der Mitgliedstaaten sicherstellen.

Der Ratsvorsitz wird dabei stets bedenken, dass das Vertrauen in die Verkehrsdienstleistungen von einer inklusiven und zugänglichen Mobilität, einer hohen Dienstleistungsqualität, einer starken intermodalen Ausrichtung, dem Schutz der Fahrgastrechte und einem angemessenen Datenschutz abhängt.

Telekommunikation

Der Ratsvorsitz wird Infrastrukturfragen im Bereich der Telekommunikation besonders hervorheben. Dies betrifft vor allem die Herausforderungen, die durch die Einführung des 5G-Netzes und die Überarbeitung der Richtlinie zur Netz- und Informationssicherheit (NIS) entstehen.

Wir werden das Thema Cybersicherheit auf breiter Front weiterverfolgen und uns dafür an der neuen europäischen Cybersicherheitsstrategie orientieren und zur Entwicklung ihrer Hauptpfeiler beitragen, wobei der Schwerpunkt auf der neuen NIS-Richtlinie, der Einrichtung der neuen gemeinsamen Cyber-Stelle (*Joint Cyber Unit*), der Überarbeitung der Richtlinie über kritische Infrastrukturen und dem Aktionsplan für die europäische Diplomatie liegen wird.

Besonders hervorheben möchten wir den strategischen Aufbau einer europäischen Datenplattform. Sie basiert auf Tiefseekabeln, insbesondere für die Verbindung zwischen Europa, Afrika und Südamerika, und auf Tiefseekabeln für die Azoren und Madeira. Wir möchten zur Strategie der Europäischen Kommission zum Aufbau und zur Durchsetzung der Autonomie Europas im Digitalbereich beitragen, die auf Datenschutz und Privatsphäre basiert. Der Ratsvorsitz wird im Juni in Sines das *Ellalink*-Kabel einweihen, welches Europa mit Afrika und Südamerika verbinden wird.



Verkehr, Telekommunikation und Energie

Energie

Die Verwirklichung eines integrierten, vernetzten, digitalen und funktionsfähigen Energiebinnenmarktes wird eine Priorität des Ratsvorsitzes sein. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei dem Beitrag des Sektors zum Übergang zu einem CO₂-neutralen Europa zukommen.

Der Ratsvorsitz wird die Überarbeitung der Verordnung über die transeuropäische Energieinfrastruktur verfolgen, um sicherzustellen, dass die Kohärenz mit dem Ziel der CO₂-Neutralität gegeben ist. Dabei wird er die Rolle der Energieverbundnetze besonders hervorheben.

Die Energiespeicherung, die Entwicklung von Energiesystemen und intelligenten Netzen sowie die Rolle alternativer Brennstoffe und grüner Besteuerung werden ebenfalls aufgegriffen.

Wir werden an den Themen erneuerbare Energien, Eigenverbrauch und Energiegemeinschaften arbeiten. Wir setzen auf grünen Wasserstoff als ein entscheidendes Element für die Energiewende und als eine wirtschaftliche, industrielle, wissenschaftliche und technologische Chance, indem wir das Wachstum des Marktes für grünen Wasserstoff und die entsprechenden regulatorischen Bedingungen fördern. Der Ratsvorsitz wird im April in Lissabon eine Konferenz über die Rolle von grünem Wasserstoff für die Energiewende ausrichten.

Das Beispiel der Azoren ist hier besonders hervorheben: Der Anteil erneuerbarer Energien bei der Stromerzeugung auf den Azoren durch die Nutzung von Sonnen- und Windenergie sowie Erdwärme ist in der EU einzigartig hoch.

Wir werden Energieeffizienz besonders fördern. Dabei möchten wir einen starken Fokus auf die Bekämpfung von Energiearmut setzen, insbesondere im Kontext der Strategie für eine „Renovierungswelle“, die darauf abzielt, die Energieeffizienz von Gebäuden zu verbessern und positiv zur wirtschaftlichen und sozialen Erholung beizutragen.



III. VERWIRKLICHUNG EINES GRÜNEN, CO₂-NEUTRALEN EUROPAS

Umwelt

Der Ratsvorsitz wird sich dafür einsetzen, die Mitgliedstaaten für den europäischen Grünen Deal zu mobilisieren. Ziel ist die Förderung eines CO₂-neutralen, innovativen und resilienten Entwicklungsmodells, welches die vollständige Integration der Klimapolitik und des Ziels der CO₂-Neutralität in die unterschiedlichen Politikbereiche sicherstellt.

Wir werden die Zielsetzungen Dekarbonisierung, Energieeffizienz, Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Mobilität sowie Erhaltung und Wiederherstellung der Ökosysteme und der biologischen Vielfalt verfolgen.

Im Bereich der Verteidigung und des Schutzes natürlicher Ressourcen und der Umwelt werden wir dem Informationsaustausch und einer vertieften Zusammenarbeit mit Drittländern, insbesondere im Kampf gegen den Schmuggel geschützter Arten, Priorität zukommen lassen. Wir haben vor, das 8. Umweltaktionsprogramm zum Abschluss zu bringen und politische Impulse für die Umsetzung der neuen Chemikalienstrategie zu geben.

Klimaschutz

Der Ratsvorsitz wird die Verhandlungen über ein europäisches Klimagesetz mit dem Ziel voranbringen, eine gemeinsame Verpflichtung zur Senkung der CO₂-Emissionen um mindestens 55 % bis 2030 im Vergleich zu 1990 sicherzustellen.

Im Rahmen der EU-Strategie für die Anpassung an den Klimawandel werden wir eine Debatte über die Verbindung unterschiedlicher Politikbereiche fördern und die Synergien zwischen Eindämmungsmaßnahmen und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel hervorheben. Im Hinblick auf einen größeren Zusammenhalt und eine Aufwertung der Gebiete werden wir uns mit den Themen Bekämpfung

der Wüstenbildung, Erhaltung der Biodiversität sowie nachhaltige Wasser- und Waldbewirtschaftung befassen. Natürliche Lösungen möchten wir dabei besonders berücksichtigen. Ebenso werden wir die Aufmerksamkeit auf den in Europa steigenden Umfang künstlichen Bodens und dessen Auswirkungen auf die Ökosysteme lenken.

Ebenfalls im Kontext einer besseren Anpassung an den Klimawandel werden wir den Schwerpunkt auf Wasserressourcen und die stärker werdenden extremen Wetterphänomene, wie Dürren oder Wasserknappheit, sowie ihre Auswirkungen auf die Ökosysteme und auf wirtschaftliche Aktivitäten legen.

Kreislaufwirtschaft

Die Umsetzung der im Aktionsplan der EU für die Kreislaufwirtschaft beschriebenen Maßnahmen wird eine Priorität unserer Arbeit sein. Der Ratsvorsitz wird die Verbreitung der nationalen Aktionspläne und der jeweiligen Ergebnisse fördern. Wir werden auf europäischer Ebene zur Reflexion über Sekundärrohstoffmärkte, Abfallwirtschaft von bestehenden Gütern und Anlagen (Lebenszyklus und Menge an Produkten), intelligente Produktion und Nutzung (Reduzierung von Rohstoffen und stärkere Innovation in der Produktkonzeption), Vermeidung durch geringstmöglichen Einsatz

von Rohstoffen (u. a. Ökodesign), Wiederverwendung, Instandsetzung und Wiederherstellung anregen. Wir wollen die Verbindungen zwischen unterschiedlichen Politikbereichen einschließlich der Konsolidierung von Industrieclustern sicherstellen.

Wir werden die Überarbeitung des Rechtsrahmens für Batterien besonders hervorheben, um die Nachhaltigkeit ihrer Wertschöpfungskette in Anbetracht ihrer Auswirkungen auf die Industrie sowie die strategische Autonomie der EU zu verbessern.



Umwelt

Biologische Vielfalt

Der Ratsvorsitz wird die Einhaltung der europäischen sowie der globalen Verpflichtungen im Bereich der Biodiversität unterstützen und zur Vorbereitung der Verhandlungen über den weltweiten Rahmen für die biologische Vielfalt für die Zeit nach 2020 auf der 15. Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (COP 15) beitragen, die für das zweite Halbjahr 2021 in China geplant ist.

Aufgrund der Verbindung Portugals mit dem Meer und den Ozeanen wird der Schutz der biologischen Vielfalt der Meere ein besonders wichtiges Thema für den Ratsvorsitz sein. Er wird den Schutz und die Wiederherstellung der marinen Ökosysteme fördern.

Wälder

Der Ratsvorsitz wird im Rahmen der neuen EU-Waldstrategie einen integrierten Ansatz für den Forstsektor propagieren. Wir werden zur Reflexion über nachhaltige Forstwirtschaft, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit der forstbasierten Industrie, Bioenergie und die grüne Wirtschaft, die Bedeutung der Wälder für den Klimawandel, direkte und indirekte Ökosystemdienstleistungen und die Entwicklung innovativer Produkte mit erhöhtem Mehrwert anregen.

Wir werden die Festlegung eines Finanzrahmens für die Wälder unterstützen, der ihrer Multifunktionalität und dem langen Zeitraum bis zur wirtschaftlichen Rentabilität von Investitionen in diesen Sektor gerecht wird.

Wir werden die Festlegung eines europäischen Programms zur Bekämpfung und Minderung von biotischen und abiotischen Umweltfaktoren besonders unterstützen, um Wälder vor Bedrohungen wie Bränden und Schädlingsbefall zu schützen.

Die Weiterführung der Verhandlungen über ein rechtlich bindendes Abkommen über die Wälder in Europa werden wir ebenfalls vorantreiben.

Wir werden die gemeinsamen bilateralen und multilateralen Anstrengungen der EU mit Drittländern, beispielsweise im Rahmen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) oder der Internationalen Tropenholzorganisation (ITTO), unterstützen, um die illegale Abholzung der Wälder, die Entwaldung und den Handel mit Holz aus diesen Regionen zu bekämpfen.



Umwelt

Wasser

Die EU muss ihr Wassermanagement verbessern. Hierfür sind mehr Investitionen in die Wasseraufbereitung, -wiederverwendung und/oder -rückführung sowie in die Erholung der Ökosysteme und der natürlichen Lebensräume notwendig.

Der Ratsvorsitz wird zu einer verbesserten Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie und der Hochwasserrichtlinie beitragen. Außerdem möchte er die Synergien mit der Meeresstrategie, der Gemeinsamen Agrarpolitik und anderen Politikbereichen fördern.

Wir werden einen integrierten, sektorübergreifenden Ansatz beim grenzübergreifenden Wassermanagement verfolgen, indem wir es an die Folgen des Klimawandels anpassen, eine nachhaltige Wassernutzung fördern und das Management von Hochwasserrisiken durch einen besseren und schnelleren Informationsaustausch verbessern

Bürgerbeteiligung

Der Ratsvorsitz möchte noch vor der nächsten Vertragsstaatenkonferenz im Jahr 2021 einen Konsens über den Legislativentwurf zur Angleichung der europäischen Rechtsordnung an das Aarhus-Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten erreichen.



Landwirtschaft

Gemeinsame Agrarpolitik

Der Ratsvorsitz wird den Verhandlungen über eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik Priorität einräumen und sich für einen politischen Konsens einsetzen.

Durch die Pandemie ist noch offensichtlicher geworden, wie wichtig die Resilienz und die Krisenreaktionsfähigkeit des Landwirtschaftssektors ist. Daher werden wir den sektorspezifischen Maßnahmen Vorrang geben, die die Erholung und Stärkung der Strukturen der europäischen Nahrungsmittelwirtschaft zum Ziel haben.

Ländliche Entwicklung

Ein gut funktionierender und nachhaltiger Landwirtschaftssektor kann eine Umkehr der Landflucht bewirken, die demografische Stabilität bewahren und für einen Generationenwechsel sorgen. Zudem kann er die Wahrscheinlichkeit von durch den Klimawandel verursachten Naturkatastrophen oder Waldbränden verringern. Daher werden wir der Mitteilung der Europäischen Kommission über eine langfristige Vision für ländliche Gebiete große Relevanz beimessen; diese Vision zielt darauf ab, der Entvölkerung entgegenzuwirken und die wirtschaftliche Entwicklung dieser Gebiete zu fördern.

Wir heben auch die Initiativen des europäischen Grünen Deals hervor, die die enge Verbindung zwischen der Lebensmittelproduktion, der Anpassung an den Klimawandel und dem Schutz der Biodiversität deutlich machen. Besondere Aufmerksamkeit werden wir der Entschädigung der Produzenten von Ökosystemdienstleistungen zukommen lassen. Außerdem werden wir einen Schwerpunkt auf nachhaltige Produktion und ökologische Landwirtschaft setzen.

Nahrungsmittelsicherheit

Besondere Aufmerksamkeit wird einer größeren Nahrungsmittelsicherheit und der Nachhaltigkeit der Versorgungsketten zukommen.

Darüber hinaus werden wir auch dem Beitrag der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“, insbesondere in den Bereichen Nahrungsmittelsicherheit, Tierwohl sowie Tier- und Pflanzengesundheit besonderen Stellenwert beimessen. Wir möchten Pflanzenschutzmaßnahmen fördern, die chemische Schädlingsbekämpfungsmittel ersetzen oder ergänzen. Dies schließt die Förderung des Verkaufs und der Nutzung biologischer Bekämpfungsmittel ein.

Innovation in der Landwirtschaft

Der Ratsvorsitz wird Innovation, Wissenstransfer und Digitalisierung im Nahrungsmittelsektor prioritär behandeln, um den nachhaltigen Einsatz von Ressourcen wie Boden und Wasser zu sichern und um zum Erhalt und zur Entwicklung der Landwirtschaft sowie zur demografischen Stabilität beizutragen.



Ozeane, blaue Wirtschaft und Fischerei

Das Meer ist eine außerordentlich wichtige Quelle der biologischen Vielfalt und spielt eine grundlegende Rolle für die nachhaltige Entwicklung. Der Ratsvorsitz wird den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Ressourcen der Ozeane und Meere im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal fördern. Dahingehend werden wir auch eine stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft anregen.

Der Ratsvorsitz misst der Entwicklung der blauen Wirtschaft große Relevanz bei. Dies umfasst auch erneuerbare Energien, blaue Biotechnologie, nachhaltige Aquakultur, See-, Meeres- und Küstentourismus, umweltfreundliche Schifffahrt („Green Shipping“) und Technologien für die Meeresüberwachung zum Schutz der Meeresumwelt. In diesem Kontext werden wir im Juni in Lissabon eine Ministerkonferenz über die blaue Wirtschaft ausrichten.

Die Umsetzung der Gemeinsamen Fischereipolitik muss unbedingt fortgesetzt werden. Sie kann eine nachhaltige Bewirtschaftung der Fischereiressourcen sicherstellen und zur Verbesserung der Überwachungs- und Kontrollmechanismen in der Fischerei beitragen, um so die illegale, nicht gemeldete und unregulierte Fischerei zu bekämpfen.

Der Ratsvorsitz wird den internationalen Instrumenten für meeresbezogene Angelegenheiten besondere Aufmerksamkeit widmen, insbesondere dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen, dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt, den regionalen Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt, den regionalen Fischereiorganisationen und den Partnerschaftsabkommen über nachhaltige Fischerei mit Drittländern.

Die Seeverkehrssicherheit ist für den Schutz der internationalen Handelsrouten fundamental und wird daher ebenso große Beachtung genießen.



IV. VERWIRKLICHUNG EINES FAIREN UND SOZIALEN EUROPAS

Beschäftigung, Sozialpolitik und Gesundheit

Beschäftigung und Sozialpolitik

Der EU-Sozialgipfel, der im Mai in Porto stattfinden soll, wird ein Leitmoment des portugiesischen Ratsvorsitzes sein und sich aus zwei Schlüsseltreffen zusammensetzen: einer Konferenz auf hoher Ebene und einem Treffen der Staats- und Regierungschefs auf Einladung des Präsidenten des Europäischen Rates. Der Ratsvorsitz wird die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte mit allen Kräften und in Übereinstimmung mit dem Aktionsplan der Europäischen Kommission unterstützen. Hauptpunkte werden die Bereiche Beschäftigung, Qualifikationen und Sozialschutz sein.

Wir wollen die durchgängige Einbindung der sozialen Dimension bei der Formulierung der politischen Maßnahmen und Strategien der EU für Wirtschaft, Industrie und Digitales sowie bei der Umsetzung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne fördern.

Wir werden einen umfassenden bereichsübergreifenden Schwerpunkt auf der Zukunft der Arbeit und menschenwürdiger Arbeit propagieren, mit zahlreichen Anknüpfungspunkten zur Wettbewerbsfähigkeit, zur Umstellung der Wirtschaft, zu Bildung, Ausbildung, lebenslangem Lernen und zum sozialen Zusammenhalt. Wir treten ein für die Reglementierung neuer Arbeitsformen, menschenwürdige Arbeitsbedingungen, sichere Arbeitsplätze, gerechte Löhne, familiengerechte Arbeitszeitmodelle und den Zugang zur sozialen Sicherung unabhängig vom Beschäftigungsverhältnis, stets auf der Grundlage des sozialen Dialogs und von Tarifverhandlungen. Wir werden die Verhandlungen über die Richtlinie über einen angemessenen Mindestlohn und die Debatte über die Bedeutung einer Stärkung des sozialen Dialogs und der Tarifverhandlungen verfolgen.

Der neuen EU-Strategie für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, eines der Themen, denen im Rahmen der Pandemiebewältigung besondere Relevanz zukommt, werden wir hohe Priorität einräumen.

Im Bereich der EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025 werden wir den verpflichtenden Maßnahmen zur Lohntransparenz und dem Vorschlag für eine Richtlinie zur Gewährleistung einer ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern in Leitungsorganen von Unternehmen besondere Aufmerksamkeit zukommen lassen. **Wir werden zur Reflexion über die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Gleichstellung zwischen Männern**

und Frauen insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, in Bezug auf das Einkommen und die Möglichkeiten, Beruf und Privat- und Familienleben miteinander in Einklang zu bringen, anregen.

Wir werden die Förderung der sozialen Kohäsion in den Mittelpunkt stellen. Dies beinhaltet den Kampf gegen Armut (insbesondere Kinderarmut), soziale Ausgrenzung und Diskriminierung genauso wie die Förderung der Sozialwirtschaft, der sozialen Innovation, des aktiven Alterns, der Inklusion von Menschen mit Behinderungen und der Kinderrechte. In diesem Bereich setzen wir den Schwerpunkt auf die neue Europäische Kindergarantie und die neue EU-Kinderrechtsstrategie. Der Ratsvorsitz wird im April in Lissabon ein Treffen auf hoher Ebene über die Inklusion von Menschen mit Behinderungen organisieren, um die neue Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2021-2030 zu erörtern. Wir werden uns mit Folgemaßnahmen zum Grünbuch über das Altern befassen, das die Kommission insbesondere zur Frage der bereichsübergreifenden Behandlung des Alterns in allen Bereichen der öffentlichen Politik vorlegen wird.

Besondere Aufmerksamkeit wird auch der Schaffung einer europäischen Kooperationsplattform zur Stärkung der Rolle der EU im Kampf gegen die Obdachlosigkeit zukommen. Wir werden im Juni in Lissabon eine hochrangige Konferenz über obdachlose Menschen ausrichten, die die Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung zum Ziel hat.

Der Ratsvorsitz wird außerdem der Situation der Roma besondere Beachtung schenken, insbesondere durch die Annahme des Vorschlags für eine Empfehlung des Rates im Rahmen der neuen Strategie zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma 2020-2025.

Darüber hinaus werden wir die Schaffung von Mechanismen zur Bekämpfung von Hassverbrechen und Hetze unterstützen.

Der Ratsvorsitz wird den 10. Jahrestag des Übereinkommens von Istanbul mit einer Konferenz begehen, die im April in Lissabon stattfinden soll. Dort wird im Vordergrund stehen, wie wichtig die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und von häuslicher Gewalt ist, die beide als Menschenrechtsverletzungen und Formen der Diskriminierung anerkannt sind.



Beschäftigung, Sozialpolitik und Gesundheit

Gesundheit

Der Ratsvorsitz möchte die Vorbereitung auf Gesundheitsgefahren und -notstände innerhalb und außerhalb der EU sowie die Fähigkeit zur schnellen und koordinierten Reaktion darauf verbessern.

Wir werden der Entwicklung eines europäischen Aktionsrahmens für Gesundheit Priorität einräumen. Ziel ist es, durch Vorschläge für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und eine Stärkung des Mandats der europäischen Behörden zur Schaffung einer Europäischen Gesundheitsunion beizutragen.

Wir werden Themen wie den steigenden Druck auf die Gesundheitssysteme während der Pandemie angehen. Außerdem werden wir uns vorrangig der Umsetzung des EU-Gesundheitsprogramms „EU4Health“ widmen.

Wir werden zum digitalen Wandel im Gesundheitssektor beitragen, auch durch Telegesundheitsdienste und Telemedizin, um die Qualität der Gesundheitsversorgung zu verbessern und Ungleichheiten beim Zugang abzubauen. Außerdem möchten wir die Interoperabilität der elektronischen Patientenakte fördern, um die Wiederverwendung klinischer Informationen anzuregen. Der Ratsvorsitz wird im Juni in Lissabon eine hochrangige Konferenz zu digitalen Gesundheitsdiensten abhalten (*Portugal eHealth Summit*).

Wir möchten zu einer größeren Verfügbarkeit von Arzneimitteln und Impfstoffen, medizinischer Ausrüstung und medizinischen Geräten zu erschwinglichen Preisen beitragen. Hierfür werden wir im April in Lissabon eine Konferenz über den Zugang zu Medikamenten ausrichten.

Wir vertreten eine Agenda, die auf drei Pfeilern aufbaut: strategische Autonomie (Verwaltungs-, Produktions- und Versorgungskapazitäten in Europa, Widerstandsfähigkeit und Sicherheit der Herstellungs- und Vertriebsketten), Nachhaltigkeit (Transparenz in der gesamten Wertschöpfungskette, effiziente Informationen, Preispolitik und regionale Zusammenarbeit) und Zugänglichkeit (gleichberechtigter Zugang, Effizienz im Sinne von angemessenen Kosten für Gesundheitstechnologien, insbesondere für innovative Technologien, die die Nachhaltigkeit des Gesundheitssystems unterstützen).

Wir werden die EU-Arzneimittelstrategie und die Rolle der europäischen Behörden im Koordinierungsprozess mit den jeweiligen nationalen Behörden der Mitgliedstaaten fördern.

Im Hinblick auf die globale Gesundheit werden wir uns auf die Bereiche, in denen Konvergenz besteht, sowie auf die positiven Entwicklungen im Bereich der Gesundheit konzentrieren. So sollen die Herausforderungen wie Antibiotika-Resistenz und durch Vektoren übertragene Krankheiten angegangen werden. Die Umweltgesundheit hat für uns ebenso hohe Priorität.

Was die globale Gesundheitsdiplomatie anbelangt, werden wir besonders die Zusammenarbeit innerhalb der EU-Afrika-Agenda voranbringen und im März in Lissabon eine internationale Konferenz in diesem Bereich durchführen.

Wir werden uns für die Umsetzung des europäischen Plans zur Krebsbekämpfung einsetzen und im Mai in Porto die Konferenz *European Cancer Research Summit* ausrichten.

Wir werden unser Augenmerk auch auf Aktionen im Bereich der psychischen Gesundheit richten, um die Inklusion und die Öffentlichkeitsarbeit zu fördern.



Bildung, Jugend, Kultur und Sport

Bildung und Jugend

Bildung und Ausbildung sind Grundpfeiler des europäischen Sozialmodells. Der Ratsvorsitz wird besonders auf die Themen lebenslanges Lernen, Anerkennung von Qualifikationen und Kompetenzen, pädagogische Innovation, Inklusion und Bürgerschaft eingehen.

Wir vertreten die Auffassung, dass ein inklusiver Zugang zu Bildung und Ausbildung sowie die Schaffung gleicher Chancen und Erfolgsmöglichkeiten für alle von grundlegender Bedeutung sind. Daher unterstreichen wir den Stellenwert kontinuierlicher Investitionen in Bildung, Selbststudium, künstlerische und fachliche Ausbildung, insbesondere in Hinblick auf digitale und Umweltkompetenzen. Wir werden eine Debatte über digitale Bildung, Fernlehre und hybride Bildungsformate (Präsenz- und Online-Unterricht) sowie über pädagogische Neuerungen anstoßen.

Die EU ist eines der besten Beispiele für Weltbürgersinn und das gemeinsame Engagement für Frieden und Zusammenhalt. In diesem Sinne fördern wir eine breite Diskussion über die Rolle des Unterrichts über Bürgerrechte in den Bildungssystemen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass neue Segmente der Öffentlichkeit Zugang zu einer Hochschulbildung haben, und zwar durch den Erwerb neuer Kompetenzen und durch die Verbesserung von

Kompetenzen im Wege der Erwachsenenbildung sowie durch die Stärkung von Hochschulnetzen mit besonderem Schwerpunkt auf den Europäischen Hochschulallianzen und den Universitäten der Zukunft.

Besondere Aufmerksamkeit wird auch der Mobilität im Bildungsverlauf zukommen, einschließlich in der Hochschulbildung und in Forschungskarrieren, sowie der Mobilität von Intelligenz („brain circulation“). Wir werden uns daher besonders der Schaffung eines europäischen Raums der Bildung bis 2025, dem Aufbau eines strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie den Initiativen im Rahmen der neuen Europäischen Kompetenzagenda und des Aktionsplans für digitale Bildung widmen.

Wir werden einen rechtsbasierten Ansatz zur Jugendpolitik mit besonderem Schwerpunkt auf der Beteiligung der Jugend an den Entscheidungsprozessen und den Governance-Plattformen verfolgen. Dies steht im Einklang mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung und der EU-Jugendstrategie 2019-2027 („Räume und Beteiligung für alle“).

Wir werden die Relevanz und den Beitrag der Mobilität und der Jugend- und Bildungspolitik herausstellen. In diesem Sinne wird die Einführung des Programms Erasmus+ sowie des Europäischen Solidaritätskorps im Juni in Viana do Castelo eine Priorität darstellen.

Kultur und Medien

Die wichtigsten Ziele des Ratsvorsitzes in diesem Bereich umfassen die Förderung der Erholung sowie die Schaffung von Resilienz und Nachhaltigkeit im Kultur-, Kreativ- und Mediensektor. Ein Fokus wird auf der Anwendung des EU-Aufbauplans im Kultur- und Kreativsektor sowie auf der Einführung des Programms „Kreatives Europa“ im Juni in Lissabon liegen.

Wir werden eine Debatte über die Diversifizierung von Finanzierungsquellen und -mechanismen zum Schutz des kulturellen Erbes Europas anregen.

Weitere Schwerpunkte sind der Zugang zu Kultur und die Teilhabe am kulturellen Leben, basierend auf der Beziehung zwischen Kunst und Bildung in einem Kontext des lebenslangen Lernens und der Vorbereitung der künftigen Generationen auf Kultur sowie deren Sensibilisierung für Kultur.

Im Mai werden wir in Porto eine Konferenz über die Rolle der Kultur für den sozialen Zusammenhalt ausrichten. Im Sinne der Gleichstellung werden wir Künstlerinnen besondere Sichtbarkeit verleihen.

Wir werden den Aktionsplan für die Medien und den audiovisuellen Sektor unterstützen und eine Reflexion über die Zukunft des Journalismus vor dem Hintergrund der rasanten Entwicklung künstlicher Intelligenz und angesichts der Herausforderungen für eine freie Presse anregen. Daher werden wir im April in Lissabon eine hochrangige Konferenz über künstliche Intelligenz und die Zukunft des Journalismus abhalten.

Diese Prioritäten berücksichtigen auch die neue europäische Agenda für Kultur und den Arbeitsplan für Kultur 2019-2022.



Bildung, Jugend, Kultur und Sport

Sport

Der Ratsvorsitz wird im Rahmen des nächsten EU-Arbeitsplans für den Sport eine Bestandsaufnahme von Innovationen im Sport durchführen und neue Trends für den „Sport der Zukunft“ ermitteln. Gemeinsam mit der Europäischen Kommission werden wir das EU-Sportforum organisieren.

Wir werden uns auch mit dem Sport als Instrument der auswärtigen Beziehungen der EU befassen, mit besonderem Schwerpunkt auf Afrika und Lateinamerika.



V. FÖRDERUNG DER INTERESSEN UND WERTE EUROPAS IN DER WELT

Auswärtige Beziehungen

Der portugiesische Ratsvorsitz wird den Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (Hoher Vertreter) im Hinblick auf ein starkes und kohärentes auswärtiges Handeln unterstützen, so dass die Union im Einklang mit der Verteidigung ihrer Interessen und der Propagierung ihrer Werte insbesondere durch einen effizienten Multilateralismus und eine regelbasierte internationale Ordnung schnell und effizient handeln kann. Wir werden die Förderung der Agenda 2030 und die Erfüllung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung mit besonderem Engagement verfolgen.

Wir werden uns für die Vertiefung der regionalen Partnerschaften im Kontext der UNO und anderer multilateraler Organisationen einsetzen und dabei der Förderung, dem Schutz und der Umsetzung der Menschenrechte insbesondere vor dem Hintergrund der neuen globalen Herausforderungen Vorrang einräumen. In diesem Sinne fördern wir die Umsetzung des EU-Aktionsplans für Menschenrechte und Demokratie 2020-2024. Ebenso sehr werden wir uns für die Abschaffung der Todesstrafe und die Umsetzung des EU-Aktionsplans zur Gleichstellung der Geschlechter und zur Stärkung der Rolle der Frau 2021-2025 einsetzen.

Die EU-Politik gegen Drogen und Drogenabhängigkeit werden wir auf Grundlage der EU-Drogenstrategie 2021-2025 weiterverfolgen und dazu eine starke Position der EU gegenüber relevanten internationalen Partnern fördern. Basis für unser Handeln ist das Prinzip der Menschlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte.

Besonders aufmerksam werden wir uns dem Plan zur Umsetzung der Schlussfolgerungen des Rates zum auswärtigen Handeln der EU zur Prävention und Bekämpfung von Terrorismus und Gewaltextremismus widmen.

Im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal werden wir uns für strengere weltweite Ziele im Kampf gegen den Klimawandel, bei der Förderung der Dekarbonisierung der Volkswirtschaften und bei den Anstrengungen zur Eindämmung des Verlusts biologischer Vielfalt und für den Schutz der Umweltsysteme (einschließlich der Ozeane) einsetzen. Die Vorbereitung der zweiten Ozeankonferenz der Vereinten Nationen und der Initiativen im Rahmen des UN-Seerechtsübereinkommens wird einen wichtigen Schwerpunkt darstellen.

Wir setzen uns für eine umfassende Strategie für die Zusammenarbeit im digitalen Bereich ein, die die Rolle der EU als globaler Akteur und weltweite Referenz für Ethik und Vertrauen hervorhebt. Der Ratsvorsitz wird gemeinsam mit der Europäischen Kommission im März in Porto den Digitalen Tag (*Digital Day*) und im Juni in Lissabon die Digitale Versammlung durchführen, die die Annahme einer Erklärung zur zweckorientierten digitalen Demokratie („Digital Democracy with a purpose“) hervorbringen wird.

Der wirtschaftliche Aufschwung von Ländern im unteren Bereich des mittleren Einkommensniveaus wird ein zentraler Punkt des portugiesischen Ratsvorsitzes sein, insbesondere in Bezug auf die Länder Afrikas. Die Bemühungen werden auf der Schaffung von Möglichkeiten von beidseitigem Vorteil beruhen, vor allem in den Bereichen Klimawandel, wirtschaftliche Zusammenarbeit, nachhaltiger und inklusiver Handel und Investitionen.

Im Energiesektor werden wir die EU-Initiativen zur Weiterentwicklung der außenpolitischen Dimension der Energiepolitik mit dem Schwerpunkt Afrika verfolgen.

Wir werden der Zusammenarbeit in den Bereichen polizeitechnische Fähigkeiten und Migration einen hohen Stellenwert einräumen. In diesem Sinne werden wir in Lissabon eine Ministerkonferenz zu Migrationsströmen abhalten.

Im Rahmen der Vertiefung der Beziehungen zwischen der EU und Asien wird den Beziehungen zu Indien besondere Aufmerksamkeit zukommen. Das informelle Treffen der Staats- und Regierungschefs mit dem indischen Premierminister wird auf Einladung des Präsidenten des Europäischen Rates im Mai in Porto stattfinden und eine Möglichkeit bieten, die Partnerschaft der EU mit Indien zu modernisieren, die auf einer strategischen Zusammenarbeit, dem politischen und wirtschaftlichen Dialog, der Gegenseitigkeit und dem beidseitigen Vorteil aufbaut.



Auswärtige Beziehungen

Der Ratsvorsitz wird den Hohen Vertreter bei der konstruktiven Beobachtung der Herausforderungen unterstützen, vor denen unsere Partner in Lateinamerika stehen, etwa bei der Konsolidierung der demokratischen Institutionen und der nachhaltigen und ausgewogenen Entwicklung der Länder der Region. Neben der Wiederbelebung einer biregionalen Agenda werden wir die Beziehungen zu sub-regionalen Blöcken in Bereichen von gemeinsamem Interesse fördern. Besonderes Augenmerk werden wir auf den Abschluss der Verhandlungsprozesse zur Überarbeitung der Assoziierungsabkommen mit Mexiko und Chile sowie mit dem Mercosur legen.

Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika sollten neu belebt und – als Schlüsselement einer neuen Allianz von Partnern mit gemeinsamen Interessen und Werten – auf konkrete Antworten auf globale Herausforderungen ausgerichtet werden. In diesem Kontext kommt der Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung sowie der Stärkung des Multilateralismus und internationaler Partnerschaften eine zentrale Rolle zu. Ein nachhaltiger wirtschaftlicher Aufschwung und die Festlegung von gemeinsamen Klimaschutzziele werden von dem angekündigten Wiedereintritt der USA in das Pariser Klimaschutzübereinkommen begünstigt.

Gemeinsam mit dem Hohen Vertreter und dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) haben wir vor, die strategische Zusammenarbeit mit der Maghreb-Region auszubauen, die bereits bestehende regionale Dialoge ergänzen soll.

Wir werden uns mit besonderem Einsatz der Förderung von Sicherheit, Stabilität und Entwicklung im Nahen Osten und in Nordafrika widmen. Dabei werden wir den Dialog der UNO mit regionalen Organisationen, wie der Liga der Arabischen Staaten und der Afrikanischen Union, bei der Suche nach langfristigen politischen Lösungen unterstützen.

Wir werden den Erweiterungsprozess im Hinblick auf den westlichen Balkan basierend auf einer neuen, effizienteren und glaubwürdigeren Methode sowie die Stabilisierungs- und Integrationsbemühungen in der Region fortsetzen und die Europäische Kommission in Bezug auf die laufenden Reformprozesse in diesen Ländern unterstützen.

Der Ratsvorsitz wird sich für die Abhaltung des Gipfeltreffens zur Östlichen Partnerschaft einsetzen, das für Februar in Brüssel anberaumt ist. Wir werden die Bemühungen des Hohen Vertreters für die Förderung einer umfassenden politischen Lösung für die Ukraine unterstützen.

Wir werden die Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Russland auf der Grundlage einer klaren, konsequenten und geeinten europäischen Position unter Berücksichtigung der Herausforderungen und der Chancen beobachten.

Der portugiesische Ratsvorsitz wird der zukünftigen Beziehung zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich Priorität einräumen und setzt sich für eine umfassende und ausgewogene Partnerschaft auf Augenhöhe ein, die im Einklang mit den Interessen der EU und ihrer Mitgliedstaaten steht.



Entwicklungspartnerschaften

Der Ratsvorsitz wird ein europäisches Modell der Entwicklungszusammenarbeit fördern, das strategischer ist und den außenpolitischen Prioritäten der Union besser entspricht.

Wir werden ergebnisorientierte internationale Entwicklungspartnerschaften fördern und dabei die Kohärenz der Arbeit mit der Europäischen Kommission und dem EAD sicherstellen. Wir werden zur Stärkung der Partnerschaft mit den afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten beitragen und das künftige Nachfolgeabkommen zum Cotonou-Abkommen, das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit und die Europäische Friedensfazilität (EFF) verbessern.

Die Vorbereitung und Organisation des 6. Gipfels zwischen der EU und der Afrikanischen Union und dessen Ergebnisse werden für uns Priorität haben.

In Kooperation mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) werden wir im April in Lissabon ein hochrangiges Forum zwischen der EU und Afrika zum Thema grüne Wirtschaft und grüne Investitionen ausrichten. Das Ziel ist es, die Erhöhung der Investitionen zwischen den beiden Kontinenten zu erörtern, wobei der Schwerpunkt

auf grünen Investitionen und der Energiewende liegen wird. Dabei geht es darum, eine effektive Partnerschaft für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Afrika zu fördern.

Wir werden vorrangig den Ansatz einer besseren Zusammenarbeit verfolgen, der sich an dem Prinzip der Inklusion orientiert und den Mehrwert der Beteiligung aller Mitgliedstaaten unter Nutzung ihrer unterschiedlichen Kompetenzen und Ressourcen steigert.

Wir werden die Debatte über Entwicklung im Wandel vorantreiben, indem wir Strategien zur Bewältigung der Herausforderungen von Ländern mit mittlerem Einkommen entwickeln. Dabei werden wir besonderes Augenmerk auf den Übergang von einem am wenigsten entwickelten Land zu einem Land im unteren Bereich des mittleren Einkommensniveaus in Afrika und Lateinamerika richten.

Auch eine Debatte über die menschliche Entwicklung möchten wir fördern. Sie soll sich besonders auf die Bereiche Gesundheit und Bildung erstrecken und die Perspektive der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Stellung der Frau mit einbeziehen.

Humanitäre Hilfe

Wir werden Maßnahmen zur Stärkung der Reaktion auf die Pandemie in den am stärksten betroffenen Ländern und den Ländern mit den schwächsten Gesundheitssystemen unterstützen, insbesondere durch die europäische Krisenreaktion.

Dabei soll der Verbindung zwischen humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedenskonsolidierung („Triple-Nexus“) bereichsübergreifend Rechnung getragen werden, wobei die Mandate der einzelnen Akteure und die Achtung der humanitären Grundsätze gewahrt werden.

In Übereinstimmung mit dem europäischen Konsens über die Humanitäre Hilfe werden wir den größten humanitären Krisen Sichtbarkeit verleihen, die entweder neu entstehen, schon seit langer Zeit andauern oder in Vergessenheit geraten sind. Des Weiteren haben wir vor, die Diskussion über die Auswirkungen des Klimawandels auf die humanitäre Hilfe zu vertiefen.

Wir werden eine Debatte über Schutz und Hilfe für die schutzbedürftigsten Bevölkerungsgruppen anregen und möchten dabei Vertriebene in den Vordergrund stellen. In diesem Zusammenhang werden wir besondere Aufmerksamkeit auf eine stärkere Unterstützung der EU für junge Flüchtlinge und Vertriebene in der Hochschulbildung richten.



Handel

Der Ratsvorsitz wird die Stärkung eines regelbasiertes, multilaterales Handelssystem unterstützen, das auf einer modernisierten Welthandelsorganisation (WTO) sowie auf einem Netz ambitionierter und ausgewogener bilateraler Handelsabkommen mit Schlüsselpartnern aufbaut.

Auch die Überarbeitung der EU-Handelspolitik steht für uns im Mittelpunkt. Dies soll es uns erlauben, die Voraussetzungen für die Diversifizierung globaler Wertschöpfungsketten zu schaffen und dadurch eine größere strategische Autonomie der EU zu ermöglichen und zu einer schnelleren Erholung von der durch die Pandemie hervorgerufenen Krise beizutragen.

Die für das Jahr 2021 geplante 12. WTO-Ministerkonferenz und ihre Ergebnisse werden den Reformprozess der WTO und des Berufungsgremiums des WTO-Streitbeilegungsmechanismus voranbringen.

Der Ratsvorsitz wird im Rahmen der WTO den multilateralen Verhandlungen über Subventionen für die Fischerei besondere Bedeutung beimessen. Von den unterschiedlichen multilateralen Initiativen möchten wir diejenigen hervorheben, die sich mit dem digitalen Handel und der Förderung neuer Initiativen, vor allem im Klimaschutz und im Gesundheitssektor, beschäftigen.

Wir werden die Umsetzung bestehender Abkommen und die Verhandlungen über neue Abkommen verfolgen. Hervorzuheben sind hierbei die Verhandlungen mit Australien und Neuseeland sowie auch die Modernisierung des Abkommens mit Chile. So schaffen wir ein förderliches Umfeld für Handel und Investitionen für die europäischen Wirtschaftsteilnehmer. **In Anbetracht des strategischen Interesses des Anliegens wird der Ratsvorsitz zu geeigneten Bedingungen für die Unterzeichnung eines EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen sowie eines aktualisierten globalen EU-Mexiko-Abkommens beitragen.**

Weitere Prioritäten werden die Festigung der Handelsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika sowie der Abschluss der Verhandlungen über das Investitionsabkommen und die Umsetzung des Abkommens über geografische Angaben mit China sein. Die Handels- und Investitionsbeziehungen zu Indien werden ebenfalls eine wichtige Rolle spielen, insbesondere ein mögliches Investitionsabkommen.

Die Vertiefung und Modernisierung von bestehenden Freihandelsabkommen mit den Ländern der südlichen Nachbarschaft sowie die Fortschritte bei den laufenden Verhandlungen mit weiteren Ländern der Region stellen eine politische Priorität des Ratsvorsitzes für dieses Halbjahr dar.

Wir werden daran arbeiten, die Handelsbeziehungen zu Afrika auszubauen und zu einer schrittweisen Konkretisierung des Abkommens für die Afrikanische Kontinentale Freihandelszone beitragen. Wir werden den Beitrittsprozess von Angola zum Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) unterstützen. Ebenso werden wir auch die Verhandlungen über ein Abkommen zur Erleichterung von Investitionen zwischen der EU und Angola fördern.

Dem Ratsvorsitz ist die Notwendigkeit bewusst, die Fähigkeiten der EU zur Bekämpfung von unlauteren Handelspraktiken und zur Förderung von fairen Wettbewerbsbedingungen zu stärken. Daher wird er die Anwendung handelspolitischer Schutzinstrumente und die Entwicklung ergänzender Instrumente besonders aufmerksam verfolgen, wie etwa die Verordnung über die Ausübung der Rechte der Union (Durchsetzungsverordnung) und das neue Instrument betreffend das internationale Beschaffungswesen.

Die Überarbeitung der Verordnung über das Allgemeine Präferenzsystem wird eine Möglichkeit zur Bekräftigung der europäischen Werte bieten, insbesondere im Sozial- und Umweltbereich.



Sicherheit und Verteidigung

Wir werden eine stärkere operative Ausrichtung der Globalen Strategie der EU mittels des gemeinsamen Europäischen Strategischen Kompasses zur Priorität machen. So möchten wir ihr Anspruchsniveau konkretisieren und die sicherheits- und verteidigungspolitischen Aspekte stärken. Dies schafft Kohärenz und Effizienz in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ergänzend zur NATO.

Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie stellen die Widerstandsfähigkeit und die Solidarität der Mitgliedstaaten auf die Probe und verdeutlichen die Notwendigkeit einer Verbesserung der Reaktionsfähigkeit der EU auf Krisen deutlich. Wir werden die durch den EAD gegründete Task Force in ihrer Arbeit unterstützen, die Reaktion der Streitkräfte der Mitgliedstaaten auf die Pandemie zu bewerten, indem Lücken, Herausforderungen, bewährte Verfahren und Wege zur Verbesserung der Zusammenarbeit und Koordination als Reaktion auf komplexe Notsituationen ermittelt werden, insbesondere die Nutzung militärischer Fähigkeiten zur Unterstützung des EU-Katastrophenschutzverfahrens.

Wir werden eine Reflexion über die Wirksamkeit von Militärmissionen und -operationen der GSVP anstoßen und dabei bereits gezogene Lehren miteinschließen. Eine stärkere Partnerschaft zwischen der EU und Afrika im Bereich Sicherheit und Verteidigung wird Priorität für den Ratsvorsitz haben. Dabei verfolgen wir einen integrierten, umfassenden und kohärenten Ansatz, insbesondere für die Sahelzone und den Golf von Guinea. Im Mittelpunkt wird der Kapazitätsaufbau in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und anderen multilateralen Organisationen stehen. Gemeinsam mit dem Hohen Vertreter werden wir im März in Lissabon ein Ministertreffen zwischen der EU und afrikanischen Partnerorganisationen zum Thema Frieden und Sicherheit organisieren.

Wir werden die Umsetzung der durch den Pakt für die zivile GSVP eingegangenen Verpflichtungen weiterverfolgen und ihm Sichtbarkeit verleihen und einen integrierten und nachhaltigen Ansatz für den Zusammenhang zwischen interner und externer Sicherheit/Verteidigung verfolgen. Gleichzeitig werden wir sicherstellen, dass die Zusammenarbeit in den Bereichen der GSVP sowie Justiz und Inneres operative Ergebnisse hervorbringt.

Wir werden zur Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit im Bereich des Kapazitätsaufbaus beitragen, um die technologische und industrielle Basis der europäischen Verteidigung (EDTIB) und die Rolle der KMU zu fördern. Wir werden die Festlegung einer gemeinsamen Herangehensweise für die europäische Verteidigungswirtschaft vorschlagen, die auf einer inklusiven, diversifizierten und nachhaltigen Methode beruht. Daher treten wir für die Operationalisierung des Europäischen Verteidigungsfonds ein, den wir auf die Weiterentwicklung von wichtigen Technologie-sektoren ausrichten möchten. Gemeinsam mit der Europäischen Verteidigungsagentur werden wir im April in Porto eine hochrangige Konferenz zur Auswirkung disruptiver Technologien auf die Sicherheit und Verteidigung organisieren.

Wir werden der Verbindung zwischen dem Klimawandel und dem Bereich Sicherheit und Verteidigung hohe Bedeutung beimessen. Wir werden die Aufnahme anspruchsvoller Kriterien für die Anpassung an den Klimawandel in die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit vertreten und einen Maßnahmenfahrplan in diesem Bereich vorschlagen.

Der Ratsvorsitz wird zur Reflexion über die maritime Sicherheit anregen, basierend auf einer aktuellen Bewertung der Bedrohungslage in wichtigen Seegebieten, wie dem Golf von Guinea oder dem Atlantik. Des Weiteren wird er auch die Frage der Operationalisierung neuer Konzepte, wie dem einer „koordinierten Seepräsenz“ und der Entwicklung von Kompetenzen in Drittländern, aufwerfen. Wir werden die Entwicklung eines Instruments zur Umsetzung des Aktionsplans für die Strategie der EU für maritime Sicherheit in Angriff nehmen. Im Mai wird der Ratsvorsitz das Atlantic Centre auf den Azoren offiziell einweihen.

Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO werden wir die Bereiche der hybriden Bedrohungen, der Cyberabwehr, der maritimen Sicherheit (vor allem Kapazitätsaufbau bei den Partnern), der militärischen Mobilität und der Reaktion auf komplexe Notsituationen besonders berücksichtigen. Aus der Perspektive der kooperativen Sicherheit werden wir uns dafür einsetzen, Synergien mit relevanten regionalen Stellen in Nordafrika, dem Nahen Osten und der Sahelzone zu vertiefen.



2021
PORTUGAL.EU